

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48.

Sonnabend, den 26. Februar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Amerika in China.

Ein Land nach dem anderen hat in den letzten Monaten Zeugniß dafür abgelegt, welche hochgespannten Hoffnungen die Bourgeoisie überall an die Erschließung China's knüpfte. Frankreich und Rußland nagen im Süden und Norden seit Jahren schon mit vollem Behagen an dem fetten Wissen herum. In Deutschland hat die Kiautschau-Befehung selbst das grämliche Gesicht des vorkriegsständigen Freistandes etwas aufgehellt. Neben Deutschland ist England soeben bereit, eine kolossale Anleihe oder doch die Hinfenlast dafür aufs Spiel zu setzen, um seinen Einfluß in Peking zu erweitern. Englands gepanzerte Faust ist im Augenblick zu sehr in Anspruch genommen und vielleicht auch vorläufig zu schwach zum Gebrauche; jedenfalls glauben seine goldbeladenen Diplomaten dieselben Ziele friedlicher und sicherer erreichen zu können; der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien sind sie dabei in ihrem Heimathlande gewiß. Allgemein denkt man wohl jenseits des Kanals ähnlich wie Hazlett, der, nachdem er immer und immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit Englands auf den neuen großen Markt im Osten gelenkt hatte, kürzlich in einer der angesehensten Londoner Revuen schrieb: „China ist so viel werth wie ein ganzes Duzend von Afrika's sowohl nach seiner natürlichen Ausstattung wie nach den Fähigkeiten seiner Bevölkerung... Heute steckt der europäische Handel mit diesem Lande noch in seinen Kinderschuhen. Räumt man die für ihn noch bestehenden Schranken hinweg, steigert man den Wohlstand des Volkes durch die Entwicklung der Bergwerke und anderer Hilfsquellen, durch den Bau von Eisenbahnen, so muß China, das ein Viertel der gesammten Bevölkerung der Erde birgt, unbedingt einer der besten Märkte, wenn nicht der beste der Welt werden.“

Die Stellung Amerikas zu den jetzt aufgerollten Fragen kommt natürlich etwas lauer und weniger einheitlich zum Ausdruck. Die Vereinigten Staaten sind noch lange kein industrielles Exportland wie England oder auch nur Deutschland, ihre gewerblich entwickeltesten Länderstriche öffnen sich noch dazu nach dem atlantischen Ozean; die ganze Breite des amerikanischen Kontinents liegt zwischen ihnen und den amerikanischen Häfen, die ihr Gesicht nach Ostasien kehren. Aber wenn der Stille Ozean einst wie ein todttes Meer zwischen dem äußersten Westen der Union und den östlichen Gestaden Asiens lag, heute ist er zu einer belebten Handelsstraße geworden, auf dem die Dampfer in noch nicht zwölf Tagen von San Franzisko nach Yokohama fahren; nicht weniger wie sechs Dampferlinien verbinden bereits Amerika und Japan. Ein starker, stetig wachsender Strom von Personen und Waaren fließt zwischen den Küsten der beiden Erdtheile. Sollte die drohende Aufspaltung Chinas die Union auch fernherin gleichgültig lassen können, weil bisher ihre Kolonialpolitik sich auf die Beschließung des eigenen ungeheuren Hinterlandes und etwa noch auf die wachsende Bevormundung und Beeinflussung der nächstliegenden Inseln und Landstriche beschränkte?

Eine Reihe von Kundgebungen aus den Vereinigten Staaten haben in letzter Zeit über die Anschauungen der weiterblickenden Kreise des kommerziellen und industriellen Yankee-Großkapitals Licht verbreitet. Die klarste Stellungnahme findet sich vielleicht in einer Abhandlung des Sekretärs bei der amerikanischen Gesandtschaft in Peking, Charles Denby (in der „North American Review“ Januar 1898). Wir geben sie kurz wieder.

Denby ist ebenfalls der Ueberzeugung, daß bei der Erschließung China's auch für die Union Interessen allerersten Ranges zu wahren sind. China sei ein riesiges Absatzfeld, weil es sich auf lange Zeit nicht mit den Waaren selber versorgen könne, die Amerika zu verkaufen habe:

„Für diesen Markt sind wir die nächsten Nachbarn. Die Unternehmungslust und Klugheit, die unsere Fabrikanten gegen Südamerika aufwenden, würde hier reich belohnt werden. In dem Westen Amerika's zogen die neuerbauten Eisenbahnen die Bevölkerung nach sich, sie waren die Schöpfer des Handels, der sie wiederum zum Blühen bringen sollte. Auch in China wartet das Volk, die Industrie, der Wohlstand auf die Schienenwege. Das Handelsleben, das gute Kommunikationen erzeugen müßten, wird alle heutigen Vorstellungen davon hinter sich zurücklassen.“

Ohne Zweifel wird die Ein- und Ausfuhr Chinas enorm zunehmen. Die Schranken der Zolltarife werden niederbrechen, neue Märkte werden sich aufthun, die alten werden leichter zu-

gänglich werden. Die Bevölkerung wird sich vertraut machen mit den fremden Erzeugnissen und Herstellungsweisen und wird stärker nach ihnen fragen. Vermehrte Erwerbsgelegenheiten werden die Kaufkraft der unteren Klassen und damit den Absatz heben für das Pel, die Textilwaaren, die Maschinen und für tausend andere Erzeugnisse des Auslandes, die der Chinese jetzt erst zu schätzen beginnt.

China ist ein Markt, den der Verfasser, offen gesagt, für den wichtigsten der Welt, und zwar gerade im Hinblick auf die amerikanische Industrie, hält.“

Denby berechnet den Handel zwischen China und der Union auf etwa 40 Millionen Portuan Taels (1896 etwa gleich 81 Gl. - 3,24 Mr.). Die chinesische Statistik verzeichnet allerdings nur 23 Millionen, jedoch unter Weglassung jedes vermittelnden Verkehrs über Hongkong, England und andere Zwischenplätze, wodurch die amerikanische Zufuhr von Baumwollwaaren, Pel, Mehl, Maschinen, Eisen, Holz viel zu gering erscheint. Von der Eröffnung der russischen Eisenbahnen in der Mandchurei und in Sibirien erwartet Denby ebenfalls beträchtliche Anregungen des Handels im Stillen Ozean.

Was der Gesandtschaftssekretär seinen Landsleuten empfiehlt, ist etwa das, was unsere Bourgeoisie auch vertritt; nur die Annetion irgend eines Zipsels läßt er aus guten Gründen außer Betracht für die amerikanische Politik. Einmal wünscht er zahlreichere direktere Vertreter für die amerikanischen Firmen in China; ein deutscher oder englischer Agent eines amerikanischen Hauses wird immer zuerst deutsche oder englische Waaren an den Mann zu bringen suchen, dann erst amerikanische.“

Dann sollen die Schiffahrtslinien vermehrt und von der Regierung stärker subventionirt werden, „die kanadische Konkurrenz muß hier fallen... Unser Volk darf nicht länger in die demüthigende Nothwendigkeit versetzt sein, unsere Waaren, Briefe und Telegramme dem Schutze einer fremden, vielleicht feindlichen Flagge anzuvertrauen. Die direkte Verbindung schafft den Handel.“ Endlich soll die amerikanische Regierung öfter China, wie den europäischen Mächten die Bühne zeigen. Handelsprivilegien dürften einzeln Nationen nicht zugestanden werden; kein künftiger Posttarif dürfe irgendwo in China Amerika differenziell schlechter stellen. „Die chinesische Regierung aber muß merken, daß die Handelsinteressen jedes amerikanischen Bürgers in Washington eifersüchtig bewacht werden. Die amtliche Unterstützung, die europäischen Kaufleuten von ihren Regierungen zu Theil wird, muß unsere Regierung zu gleicher Energie für unsere Kaufleute anspornen.“

Der amerikanische Diplomat setzt zum Schluß große Hoffnungen auf die Freundschaft sowohl Rußlands wie Chinas und Japans gegenüber der Union. „Rußland, das heute seine Kraft der Ausschließung Sibiriens widmet, ist unser Erbfeind. China und Japan haben keinen Anlaß, anders als freundschaftlich für uns zu fühlen. Wir haben also die Thatfachen wie die Stimmungen für uns. Wir brauchen uns diese Lage nur zum Bewußtsein zu bringen und ihr entsprechend zu handeln.“ Wer seine Interessen jetzt nicht zur Geltung bringe, werde seinen Handel an die erobrerungslustigen neuen Gebietsherren verlieren.

Im Großen und Ganzen sieht man, hat eine solche Politik Amerikas viel Berührungspunkte mit der heute von England — gleichviel ob aus Noth oder Tugend — empfohlenen. Englische Blätter haben es daher auch an Umwerbungen Amerikas nicht fehlen lassen, ohne daß die amerikanische Regierung bisher aus ihrer Zurückhaltung herausgetreten wäre.

Politische Kundschau.

Deutschland.

Chinesisches. Ueber die chinesischen Zugeständnisse an England wird aus London berichtet: Wie amtlich gemeldet wird, hat die chinesische Regierung auf Vorstellungen des englischen Gesandten in Peking hin eingewilligt, daß die binneländischen Wasserwege in China für britische und andere Dampfer im Laufe des nächsten Junigedöfnnet werden sollen und zwar dergestalt, daß überall da, wo jetzt der Gebrauch von Booten Eingeborener durch Vertrag gestattet ist, den Fremden gleichermaßen erlaubt sein soll, Dampfer und Dampfboote zu benutzen, gleichviel, ob diese ihnen selbst oder Chinesen gehören. Mit Rücksicht auf den großen Werth, den England darauf legt, daß das Yangtsiekiangebiet in chine-

fischem Besitz bleibt, theilte die chinesische Regierung der britischen Regierung formell mit, es könne keine Rede davon sein, daß irgend ein Gebiet im Thale oder in dem Bereich des Yangtsiekian an irgend eine Macht verpfändet, verpachtet oder abgetreten werde. Der Posten des Generalinspektors der Seezölle soll in Zukunft wie seither eingenommen werden von einem Engländer, und zwar so lange als der britische Handel mit China in den Häfen fortfahre, denjenigen der anderen Mächte zu übertreffen. Ein Hafen in Hunan (Yutschou) wird in zwei Jahren geöffnet werden.

Das ist die Gegenleistung für die Anleihe.

Zur „Sammel“politik. Die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, brachte unlängst einen von dem Generalsekretär dieses Verbandes, dem Abgeordneten Bueck, verfaßten Artikel, worin erklärt wurde, daß nach den Beschlüssen des Deutschen Landwirtschaftsrathes vom 7. d. M. und bei der gegenwärtigen Haltung der agrarischen Führer von einem Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft nicht die Rede sein könne. Vor allen Dingen hätten die von dem Grafen Kanitz formulirten Beschlüsse des Landwirtschaftsrathes die Kritik Buecks herausgefordert. Er erblickt in der vom Landwirtschaftsrath empfohlenen Kündigung der Meißtbegünstigungsverträge eine ernste Gefahr für die exportbedürftige Industrie; er verlangt — im Gegensatz zu diesen Beschlüssen — das Festhalten an der gegenwärtigen Handelspolitik und den Abschluß neuer Handelsverträge „mit Bindung der beiderseitigen Tarifsätze und für möglichst lange Zeit.“

Zum Schluß erklärte er: „Die Industrie wird nicht zu erwägen haben, ob ihre vitalsten Interessen, es ihr unter den dargelegten Verhältnissen gestatten, sich der Landwirtschaft anzuschließen, oder dem Rufe nach Sammlung zu folgen, bevor nicht vollkommen unabweisbare sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß die Landwirtschaft nicht beabsichtigt, den agrarischen Führern in ihrer gegen die Interessen der Industrie gerichteten Haltung weiter zu folgen.“

Nun kommt aber die Stummische „Post“ und schreibt offenbar im Auftrage des Vorstandes des Centralverbandes, es sei zunächst eine „irrige Annahme“, daß in dem Artikel des Herrn Bueck die Auffassung der großen industriellen Vereinigung niedergelegt sei. „Jener Artikel“ — so heißt es weiter — „ist nicht durch den Centralverband veranlaßt, auch nicht in seinem Auftrage geschrieben. Wir haben auch alle Ursache zu der Annahme, daß das Vorgehen des Herrn Bueck keineswegs der Auffassung des Centralverbandes entspricht. Es ist lediglich die persönliche Auffassung des genannten Herrn, die in jenem Artikel der Industrie-Zeitung zum Ausdruck gelangt ist.“

Das ist eine böse Abfuhr für den Bueck. Wir haben die Buecksche Darlegung von vornherein für eine private Stilübung gehalten, da die beiden Interessentengruppen, die Hochzöllner der Landwirtschaft und der Industrie, zwar über Einzelheiten streiten, aber über den Deutzeug selber (die „Sammlung“) einig sind und das geduldige Schaf, die Steuerzahlermasse, scheeren werden bis auf die Haut. Wenn nicht die Wahlen die Brotwucherer mehrheit vereiteln.

Die Ausdehnung des Postmonopols auf verschlossene Ortsbriefe wird in der dem Reichstage unterbreiteten Vorlage wie folgt begründet:

„In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt der Vorwurf gegen die Reichs-Postverwaltung erhoben worden, daß sie mit der Ausdehnung des Postregals lediglich fiskalische Zwecke verfolgen, eine Vermehrung ihrer Einnahmen anstrebe. Dieser Vorwurf ist ungerechtfertigt. Außer allem Zweifel steht aber, daß der Postverwaltung durch die Privatankalten in steigendem Maße beträchtliche Einnahmen entzogen werden, ohne daß sie durch den Wegfall der von den Anstalten verrichteten Leistungen in den Stand gesetzt worden ist, ihre auf dem Gesamtverkehr berechneten kostspieligen Betriebsanstalten in den Städten einzuschränken und dadurch dem Einnahmeausfall wenigstens theilweise auszugleichen. Die Privatankalten sind lediglich zu Erwerbszwecken gegründet, ein Verkehrsbedürfniß hat zu ihrer Errichtung nirgends vorgelegen. In allen Orten, wo solche Anstalten bestehen, sind ihnen die Postanstalten der Postverwaltung weit überlegen und für den Verkehr vollständig genügend. Wenn aber immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Tarife, namentlich die Brieftarife, so ist dem entgegengehalten, daß minderwerthige Leistungen auch geringere Ausgaben verursachen, und daß die

Privatboten bei weitgehender Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte meist nur mäßige Löhne erhalten. Bei Vertheilung der Tariffrage ist außerdem die Gesamtheit in's Auge zu fassen. Die Postverwaltung hat für alle Orte Verbesserungs- und Verrichtungen zu treffen, ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb sich lohnt oder nicht. Privatanklagen treten aber nur da hervor, wo das Unternehmen Gewinn verspricht; alle unrentablen Einrichtungen überlassen sie der Post. Sie beuten also den Verkehr aus und bereiten der Postverwaltung Konkurrenz zum Schaden der Gesamtheit. Wenn die Postverwaltung mithin den Verkehr fördern will, so muß sie die Postverwaltung Konkurrenz zum Schaden der Gesamtheit. Wenn die Postverwaltung mithin den Verkehr fördern will, so muß sie die Postverwaltung Konkurrenz zum Schaden der Gesamtheit.

Wir vertreten im Allgemeinen die Ansicht, daß die Postanstalten in Händen des Staates liegen sollen und sind von diesem Gesichtspunkt aus mit der Forderung der Postverwaltung einverstanden. Dabei ist aber unerlässliche Voraussetzung, daß die staatliche Verkehrsanstalt sich auch bis auf's Aeußerste den Bedürfnissen des Verkehrs anpassen und nicht aus fiskalischen Gründen sich gegen Neuerungen streift. Weil dies so lange geschehen, haben die Privatposten allein Vorkommen können.

Bezeichnend ist, daß in der Vorlage von irgend einer Entschädigung der bedrohten Privatposten nicht die Rede ist. Es wird damit der Grundlag aufgestellt, daß das Reich das Recht habe, ohne Entschädigung Privatpersonen ihre Erwerbsquellen zu unterbinden. Das kann unter Umständen für die Zukunft einmal ein gefährlicher Präzedenzfall werden. Selbstverständlich haben wir keine Ursache, uns für die Interessen des in den Privatposten stehenden Kapitals anzukämpfen. Dazu werden sich schon Leute genug finden. Aber entschieden muß gefordert werden, daß nicht die Arbeiter der Privatposten darunter leiden, daß die Reichspost so lange den Privatposten Vorschub geleistet hat.

Der Militarismus braucht die Landstrassen, und so vernichtet er bald da, bald dort die Heimstätten friedlicher Landleute. Nun meldet die „Schl. Ztg.“ wieder: Bei der Anlegung des Truppenübungsplatzes Malsmünz muß das in der Malsmünz Halde gelegene Dorf Koberbrunn vom Militarismus angekauft und kasirt werden. Der Wald, der gegenwärtig das ganze Gelände des Malsmünz Übungsplatzes bedeckt, wird nicht ganz niedergehauen, sondern dem Zwecke des militärischen Dienstes angepaßt werden, indem man hier und da größere und kleinere Waldflächen stehen läßt, um so ein möglichst abwechslungsreiches Übungs Gelände zu schaffen.

Die Brüder in Christo. Zum Schutze der Missionen im Auslande, welche den „Heiden“ das Christenthum bringen wollen, werden bekanntlich auch Panzerschiffe verlangt. Wird ab und zu einmal ein Missionar niedergemacht, dann wird Mörder und Räuber geschrieben und verlangt, daß dem Staat, wo solches vorgekommen, sofort mit gepanzerten Kanonen auf den Leib geschossen wird. Man erinnert sich hierbei, wie unsere deutschen frommen Leute Zeier und Nordos schreiben, als vor ein paar Monaten in China zwei Missionare ermordet wurden. — Beträchtelt man aber die Vorgänge nüchtern, findet man so manches sehr erklärlich. So wurde vor kurzem berichtet, daß die italienischen katholischen Missionare in Schantung sich sehr feindlich gegen die deutschen katholischen Missionare verhalten hätten. Man werden die französischen katholischen Missionare in der Provinz Kanton von deutschen protestantischen Missionaren beschuldigt, sich der unlauteren Mittel zur Förderung ihres Werkes zu bedienen. So schreibt der rheinisch- evangelische Missionar Gerähr in dem Barmer Missionsberichte:

Es ist kaum glaublich, welchen Terrorismus die Katholiken hier zu Lande ausüben. Das Volk und die Mandarine, alle fürchten sie und gehen ihnen gerne aus dem Wege. Die Ursachen sind nicht weit zu suchen. Offentliche Diebe, Spieler, Spielbubenbesitzer und Räuber (Dr. Kühne, der Missionar, hat augenblicklich zwei von der letzteren Sorte in Behandlung) bilden die feste Grundlage der katholischen Kirche in China. Ich bin mir bewußt, mit diesen Worten eine schwerwiegende Anklage gegen die katholische Kirche ausgesprochen zu haben. Aber sie läßt sich leicht mit Thatfachen aus allen Theilen Chinas erhärten. Wie sehr der Ruf der katholischen Kirche in diesem Theile Chinas darunter schon gelitten hat, geht daraus hervor, daß das Volk sie geradezu mit jenen Leuten identifizirt.

Weshalb ein Erfolg des Kirchenthums. Die „Heiden“ betrachten die Missionare und die Christen unter dem gleichen Gesichtspunkte, wie Räuber und Mörder und sonstiges Diebesgeschindel. Und da wundert man sich noch, wenn ab und zu einer todgeschlagen wird. Und für solche „Erfolge“, wie die im Barmer Missionsbericht angeführten, soll das Volk Geld und Opfer aufbringen.

Der deutsche nautische Verein befaßte sich in seinen dieser Tage in Berlin gepflogenen Verhandlungen mit der im Entwurf der neuen deutschen Seemannsordnung vorgesehenen Frage der Sonntagsruhe im Schiffergewerbe. Es wurde in längeren Erörterungen geltend gemacht, daß man zunächst zwischen Personen- und Frachtverkehr zu unterscheiden habe. Soweit der Personenverkehr in Betracht komme, sei naturgemäß eine Sonntagsruhe ausgeschlossen. Anders verhalte es sich mit dem Frachtverkehr. Im Großen und Ganzen werde auch hier Sonntagsarbeit nur in dringenden Fällen gethan. Werde aber den Leuten das Recht auf Sonntagsruhe eingeräumt, so sei in Fällen, in denen eine schnelle Abfertigung geboten ist, eine schwere Schädigung der Aebereien zu befürchten. Demgegenüber be-

merkte Geheimrath v. Jonquieres, daß vom Reichsamt des Innern lediglich eine Verminderung der Sonntagsarbeit vorgeschlagen sei. Unumgänglich notwendige Arbeiten könnten auch am Sonntag erledigt werden. — Es wurde hierauf über die Vertheilung des Berge- und Hüfslöhns der Beschluß gefaßt, eine gesetzliche Festlegung der Vertheilungsart anzustreben und zwar derart, daß von dem ersten Berge- oder Hüfslöhne zunächst der Schaden abzuziehen ist, welcher der Aeberei durch die Vergang erwächst. Von dem übrig bleibenden Nettoertrage soll bei Dampfschiffen die Aeberei zwei Drittel, der Kapitän ein Sechstel und die Mannschaft ein Sechstel, bei Segelschiffen die Aeberei die Hälfte, der Kapitän und die Mannschaft je ein Viertel erhalten. — Weiter wurde folgender Antrag angenommen: „Der Verein hält die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Entscheidung von Ansprüchen aus Kollisionen in den Haupthäfen der verschiedenen Seestaaten für zweckmäßig und empfiehlt den Aeberei, solche Schiedsgerichte, soweit sie bestehen oder eingerichtet werden, in allen geeigneten Fällen in Anspruch zu nehmen.“ Außerdem wurde folgender Antrag angenommen: „Ein großer Fortschritt würde es sein, wenn die von dem Brüsseler Internationalen Seerecht vereinbarten lebhaft aufgenommenen Bestimmungen zur Herbeiführung eines internationalen Rechts über Kollisionen zu einem Ergebnis führten, und wenn in den zu vereinbarenden übereinstimmenden Regulativen für die Schiedsgerichte bestimmt würde, daß sie das so vereinbarte internationale Recht ihrer Entscheidungen zu Grunde legen sollen. Der Verein empfiehlt deshalb seinen Mitgliedern, dem Internationalen Seerecht beizutreten, den diesjährigen Kongress zu beschicken und auf demselben im vorerwähnten Sinne zu wirken.“ — Es wurde hierauf noch kurz die Abblendung der Seitenlichter, die Festlegung bestimmter Höhenklassen für Schiffe in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. Dezbr. 1887 und die Abänderung der Bestimmungen des Seesunfallversicherungsgesetzes besprochen und sodann der Kongress geschlossen.

Zur Beschränkung der Aepfelfuhr schreibt H. Vogel im „Hamb. Echo“: Die große Sorge der deutschen Reichsregierung für den Schutz des deutschen Volkes vor amerikanischen Schädlingen hat sich seit dem 31. Januar auch auf die Aepfel erstreckt, indem auf Weisung des Reichskanzlers plötzlich die Einfuhr frischen Obstes aus den Vereinigten Staaten verboten worden ist, in dem zur Freude der Agrarier ein süddeutscher Professor in importirten amerikanischen Aepfel ein Giftschädling, nämlich die Schildlaus, *Aspidiotus perniciosus*, gefunden hat. Dieses schnelle Verfahren des Reichskanzlers auf die genannte Entdeckung hin steht in einem eigenthümlichen Gegensatz zur Duldung der Einfuhr amerikanischer Obstschulen und -Abfälle, die seit etwa sieben Jahren unbehindert unter den Augen der Behörden stattgefunden hat, und die jedenfalls zehn Mal mehr Veranlassung zur Einschleppung der Behörden gegeben haben sollte.

Das rheinische Kraut- oder Aepfelgelee ist ein seit langer Zeit nicht nur in der Rheinprovinz beliebtes Volksnahrungsmittel, das durch Eindampfen des Saftes frischer Aepfel hergestellt wird. Der größte Theil dieses Konsumartikels wird schon seit längerer Zeit fabrikmäßig angefertigt. Manche Haushaltungen, namentlich in kleineren Orten, kochen es sich aber selbst. Man verwendet dazu auch Fallobst und setzt dem Saft, wenn er sehr sauer ist, entsprechend Zucker zu. Es ist dann ein sehr gesundes, wohlschmeckendes Nahrungsmittel, zu dem in obstrichen Jahren die massenhaft geernteten weniger haltbaren Aepfel gut verwendet werden können.

Im Jahre 1890 kam nun ein Koblenzer Geschäftsmann auf den Gedanken, durch Herstellung eines Surrogates seinen Gewinn zu vergrößern. Er hatte erfahren, daß von den in Nordamerika in großer Menge getrockneten und viel nach Europa gefandten Aepfelschnitten die Schalen und Kerngehäuse meist weggeworfen werden, da sie selbst als Viehfutter wenig Abnahme finden. Obgleich diese Schalen ein sehr unappetitliches Aussehen haben und mit allerhand Schmutz behaftet sind, erwarb er einen großen Posten derselben für einen Spottpreis, und ließ sie zu Schiff nach Koblenz kommen. Hier wurden sie, obgleich sie zum Theil in Gährung übergegangen waren und einen „Eisigsch“ hatten, ausgekocht, und da diese Abkochung einen sehr herben Geschmack hatte, und Ribenzucker ihm zum Versüßen zu theuer war, mit billigem Kartoffelstärke syrup vermischt. Dieser wird durch Einwirkung verdünnter Schwefelsäure auf Kartoffelstärke meist in Ostelbien hergestellt, und enthält fast stets noch freie Schwefelsäure, ist auch im Uebrigen keineswegs ohne Verunreinigungen und unappetitlich. Dieses Gemisch verkaufte er als feinstes amerikanisches Aepfelgelee, und die Fabrikation ging einige Jahre ganz gut. Aber man kam doch dahinter, daß das kein reines Aepfelgelee war und das Koblenzer Landgericht verurtheilte den Fabrikanten wegen Uebertretung des Nahrungsmittelgesetzes. Dieses Urtheil bestätigte das Reichsgericht auf eingelegte Revision am 13. Juli 1893, weil das Fabrikat zum größten Theil aus Stärkesyrup bestehe. Darauf nannten die Fabrikanten ihr Fabrikat nicht mehr „amerikanisches“, sondern „verfälschtes“ Aepfelgelee, und die unter dieser Beziehung fortgesetzte Fabrikation nahm einen gewaltigen Umfang an. Ganze Schiffsladungen dieser amerikanischen Aepfelabfälle wurden noch voriges Jahr den Rhein hinauf befördert. Man vermehrte den Zusatz von Kartoffelstärke, färbte das Fabrikat mit Anilin, und da es durch die Menge Kartoffelstärke zu dünn wurde, gab man ihm durch Zusatz von Agar-Agar die nöthige Konsistenz.

Zu Düsseldorf mußte sich ein Fabrikant solchen ver- „verfälschten Aepfelgelee“, das 50—60 pCt. Stärkesyrup enthält, im vorigen Frühjahr vor dem Schöffengericht verantworten. Obwohl er erklärte, daß andere Fabrikanten Produkte mit 70 pCt. Kartoffelstärke in den Handel bringen, wurde er wegen Uebertretung des Nahrungsmittelgesetzes verurtheilt und dies Urtheil vom Landgericht Düsseldorf und vom Oberlandesgericht Köln bestätigt. Seitdem bringen diese Fabrikanten ihr Gemisch unter geschmackvollen Namen wie „Paradiesgelee“, „Kaisergelee“, „Apollogelee“ u. unbehindert in den Handel.

Nun aber fragen wir, ist nicht durch den Import dieser Abfälle und schlechten Theile von Aepfeln, der Schafen, Kerngehäuse u. viel mehr Gelegenheit zur Einschleppung von Schädlingen geboten, als durch den von gefunden, ganzen Aepfeln, von denen schon der Haltbarkeit wegen alle schadhaften ausgesondert sind? Aber 7 Jahre hat keine Behörde sich um diese Einschleppungsgefahr gekümmert, obwohl Professor Dr. Huber in Bonn auf diese ungebührliche Fabrikationsweise aufmerksam gemacht hat, und dieselbe dem Reichsgesundheitsamte seit lange sehr wohl bekannt war. Aber diese Abfälle machten den Aepfeln der deutschen Agrarier keine Konkurrenz, denn zum direkten Genuß sind die Abfälle ja nicht zu verwenden. Aber als die Konkurrenz der ganzen amerikanischen Aepfel der Dörschüchtereien der Agrarier immer unbehaglicher wurde, und man auf Grund der gefundenen Schildlaus das Verbot der ganzen frischen Aepfel beschloß, konnte man freilich den Import der Abfälle auch nicht länger stillschweigend dulden, und mußte das Verbot auch auf diese erstreckt werden. Bis dahin hatte man aber in dem Import dieser schmutzigen Abfälle keine Gefahr gefunden. Wozu doch solche Schädlinge gut sind! Erst wurde der Import amerikanischer und russischer Schweine und Rinder und der amerikanischen Schinken verboten, der Trichinen und anderer gefährlicher Parasiten wegen, obwohl nachgewiesen, daß unsere deutschen Viehbestände weit mehr von infektiösen Krankheiten betroffen sind, als die ausländischen, und obwohl die amerikanischen Schinken in Holland und England ohne allen Schaden dauernd massenhaft konsumirt werden. Dann sollte die Margarine bedenklich viel Bakterien enthalten. Der Vertreter des Reichsgesundheitsamtes war aber genöthigt, im Reichstage zuzugeben, daß umgekehrt die Butter mehr Bakterien enthält als die Margarine.

Man sind die amerikanischen Aepfel die Verdächtigen. Vielleicht findet man im amerikanischen Weizen und im russischen Roggen auch noch einige Schädlinge. Das sollte doch nicht so schwer sein.

Wir sind die Letzten, die die Kontrolle des Nahrungsmittelverkehrs hindern oder beseitigen wollen, aber diese Verbote tragen nur zu demüthigen den Stempel des Konkurrenzweibes. Man mag immer die in den Verkehr gebrachten Nahrungsmittel streng kontrolliren, Aepfel, wie Schafen, Margarine u. und die verdächtigen zurückweisen, aber ein so generelles Verbot schmerzt dem Volk zu sehr nach Agrarierhülfe. Sonst hätte man wirklich den Import der amerikanischen Aepfelschalen nicht sieben Jahre stillschweigend dulden dürfen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Völkischer Volksbote“.)

Berlin, den 21. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Am heutigen Schwerinstag kamen die Anträge der Freisinnigen und desentrums, welche den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit zuerkennen wollen, zur Verhandlung. Bekanntlich hat man es unterlassen, einen dahingehenden Passus in das bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen, obwohl unsere Genossen alle Hebel nach dieser Richtung hin in Bewegung gesetzt hatten, weil der Reichskanzler das Versprechen gab, die Aufhebung des Koalitionsverbots der Vereine herbeizuführen. Es war sozusagen ein Compromiß zwischen dem Zentrum, den Freisinnigen und der Regierung geschlossen worden, was vom Reichskanzler nicht gehalten worden ist. Die gutgläubigen Leute haben sich inzwischen ihren Schaden gesehen und den Antrag eingebracht, der freilich mehr ihren guten Willen erweist, als er praktische Folgen haben wird. Denn an eine Annahme der Anträge seitens der Regierung ist gar nicht zu denken. Ist doch Frhr. v. Stumm, der nach den begründeten Reden der Abg. Dr. Schneider (Fv.) und Spahn (F.) das Wort ergriff, ein Gegner dieser Anträge. Für Herrn Stumm sind alle Arbeiter mit Ausnahme vielleicht der auf seinen Walzwerken beschäftigten, sozialistisch. Alle diejenigen, die Gewerkschaften angehören, sind der Sozialdemokratie schon mit Haut und Haaren verfallen. Wir wären ja froh, wenn wir wirklich schon so weit wären und wünschen nur, daß Herr von Stumm recht bald völlig Recht behalten möge. Nach Herrn von Stumm sprach der Abgeordnete Köstke, ein vernünftiger Arbeitgeber, ein weißer Raabe unter ihnen, wie sich jüngst ein Genosse von uns treffend ausgedrückt hat. Wir zweifeln nicht, nach seiner heutigen Rede wird auch Herr Köstke von König Stumm als Sozialdemokrat in Acht und Bann gethan werden. Daß wir Sozialdemokraten uns von diesem bürgerlichen Arbeiterfreunde gewaltig unterscheiden wird über acht Tage der Genosse v. Elm für die Partei darlegen.

49. Sitzung.

Am Bundesrathstisch: Niemand.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Dr. P a a s e (Sd.): Der Abg. Iskraut hat in der Sitzung vom 22. Februar erklärt, daß die jüdischen Fleischermeister, welche nach seiner Ansicht lediglich die Fleischvertheuerung in Königsberg i. Pr. verschuldeten, mir religiös und gesellschaftlich nahe ständen.

und mit nach verschiedenen Richtungen auch sonst bekannt sein. In der betreffenden Sitzung ist diese Bemerkung von Niemandem gemacht worden, daher kann ich erst heute darauf antworten. Die Besprechung des Abg. Jankant widerpricht in allen Theilen der Besprechung. Die sämtlichen fünf Herren gehören der Religion des Herrn Jankant an -- und ich stehe mit ihnen in gar keiner Verbindung.

Dann wird ein Antrag des Abg. August (Zri. W.) auf Fortsetzung des Verfahrens gemäß dem Beschluß der Kommission angenommen.

Es folgt die erste Berathung der von den Abg. Dr. Schuchter (Zri. W.) einerseits, von den Abg. D. Lieber und Gen. (Chr.) andererseits eingebrachten Gesetzesentwürfe betreffend die Verleihung der Korporationsrechte an eingetragene Berufsvereine. Die Anträge enthalten auch die Bestimmung: „Mehrere Vereine können zur gemeinsamen Verfolgung von Berufs- und Standesinteressen in Verbindung treten.“

Zur Begründung seines Antrages bemerkt Abg. Schuchter (Zri. W.): Das bürgerliche Gesetzbuch regelt die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine nicht zur Genüge. Unser Etenament enthält nicht etwa eine Bevorzugung der Arbeiter, sondern bezweckt, daß alle Vereinigungen mit gleichem Maße gemessen werden, seien es nun Berufsvereine von Arbeitgebern, Arbeitern, Industriellen oder Landwirthen. Zur Zeit wendet sich ja die Regierung vor allem gegen die Organisationen der Arbeiter, ja, Herr Posadowsky meinte sogar, in einem Staate, in dem das allgemeine Wahlrecht herrsche, habe das Koalitionsrecht keine Bedeutung. Wir leben aber, daß gerade die Gewerkschaften der Arbeiter, z. B. die Trades-Unions in England, einen wesentlichen Einfluß auf die Regulierung von Lohnverhältnissen durch Schlichtungsgerichte gehabt haben und so gerade zur Verminderung des Streiks beitragen resp. Ausschreitungen dabei verhindern. Trotzdem sind diese Vereine von der Regierung bekämpft worden und daher haben wir meinen Antrag eingebracht, um ein gleiches Recht für alle Berufsvereine zu schaffen. (Beifall bei den Versammelten).

Abg. Spahn (Chr.): Inhaltlich weichen unsere Anträge nur in den Bestimmungen über die Auflösung der Vereine ab. Die Berufsvereine können da vor anderen Vereinen nicht bevorzugt werden. Ich bitte, dem Entwurfe ohne nochmalige Kommissionsberathung zuzustimmen. (Beifall im Centrum).

Zur v. Stumm (M.): Der Centrumsantrag steht im strengsten Widerspruch zum bürgerlichen Gesetzbuch und auch allen früheren Tendenzen des Centrums selbst. Jedes Vertrauen zu unserer Gesetzgebung muß schwinden, wenn die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über das Recht der Vereine über die Frauen u. s. w. aufgehoben werden, ehe sie noch eingeführt sind. Die Gründung der Berufsvereine entspricht gar nicht dem Geiste der kaiserlichen Februar-Erlasse, ebensowenig wie der Normalarbeitslohn. Dagegen habe ich Organisationen aus Arbeitgebern und Arbeitern auch bei mir längst durchgeführt. Bei allgemeiner Durchführung der Berufsvereine würden die Arbeiterverbände auf Maximal-, die Arbeitgeberverbände auf Minimallohn bestehen. Natürlich würden die Ersteren dabei den Kürzeren ziehen. Die Hauptgefahr solcher Gewerkschaften liegt in den durch sie hervorgerufenen Gewaltthatigkeiten. Zwar hat der Abg. Jankant zu beweisen versucht, daß diese Gewaltthatigkeiten mit dem Wachstum der Organisationen rapide abnehmen. Aber die von ihm angezogene Statistik beweist das direkte Gegenteil. Die Gewerkschaften sind nur die Vorstufe der Sozialdemokratie, wenn dies auch hier immer wieder gesagt wird. Aber auf den Parteitag, wo die Herren unter sich zu sein glauben, da sagt der Abg. Singer in einer seiner Schlussreden: am Tage der Entscheidung wird Gewerkschaft und Sozialdemokratie vereint schlagen! Der letzte englische Maschinenbauersstreik hat ganz deutlich gezeigt, wozu die Gewerkschaften führen. Ihre Forderungen waren derartige, daß selbst ihr begeisterter Führer, der Prof. Brentano, ganz kleinlaut wurde. Man sieht allenthalben, daß auf diesem Wege die englische Industrie ihrem Untergange entgegengeht. Auch den Schwestern Webb, die bekannten Advokaten der Gewerkschaftsbewegung, sind jetzt die Klagen anhängen, wie aus ihrer letzten Broschüre ersichtlich ist. Die Gewerkschaften vertreten ausschließlich sozialdemokratische Tendenzen, die durch-Dauerlichen Gewerkschaften haben sich ihren Forderungen im Wesentlichen angeschlossen, auch die christlichen Gewerkschaften müssen allmählich in dasselbe Fahrwasser geraten. Bei Harter Raumann sehen wir das ja heute schon. Ich will die Gefährdung des Zeitraums nicht angreifen; es ist schädlich aber gegen seinen Willen die Arbeiter selbst durch seinen Antrag. Ich verlange Schutz der arbeitwilligen Arbeiter und lasse es zu verhindern, daß sich die Streiklisten mit vielem Gelde füllen, und die Arbeiter durch dieses Geld bestochen werden. Etwas zu thun, was sie sonst nicht thun würden.

Abg. Jankant (M.): Mit Recht haben die Abgg. Schneider und Spahn hervorgehoben, daß die Berufsvereine im neuen Bürgerlichen Gesetzbuch schlechter gestellt sind, als bisher. Letzteres ist ja auch nur so angenommen worden, weil aus der Reichsanstalt die Aufhebung des Verbindungsverbot verprochen hatte. Von der Koalitionsfreiheit will ich heute nicht reden; ich will nur bemerken, daß sie in den Februar-Erläufen allerdings enthalten war. Diese Erlässe waren einseitig dem Willen der Regierung Initialive des Kaisers entworfen, und ich halte es mit der Pflicht der Minister für unvereinbar, sie zeitlich außer Kraft zu setzen (Sehr richtig links). Heute wird die Interessenvertretung des Kapitals durch die ihm gestattete Koalition einseitig gestärkt. Dasselbe muß auch für die Arbeiter gelten. Jetzt ist die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen. An wen sollen sich die Leute heute wenden? Etwa an den Freiherrn v. Stumm. (Weiterkeit) (Abg. v. Kardorff: Sie würden gar nicht schlecht fahren!) Ich möchte behaupten, wäre Herr v. Stumm selbst Arbeiter, er würde sich nicht an den Herrn v. Stumm wenden. (Große Heiterkeit) Herr v. Stumm sagte, es handele sich um einseitige Interessenvertretung der Arbeiter, er verschweigt aber, daß die Arbeitgeber bereits längst diese einseitige Interessenvertretung haben. (Sehr richtig links.) Wie stellt sich Herr v. Stumm es z. B. vor, daß die Lohnfrage gemeinschaftlich geregelt werden soll? Wer wird sich da fügen. Der Vorschlag gemeinsamer Korporationen ist nur ein Mäntelchen, der um ein kategorisches Nein gehängt wird. (Sehr richtig links.) Ich hoffe, daß trotz dieses Widerstandes diesmal einer der Anträge angenommen wird. Wenn Arbeiterorganisation vorhanden sind ist eine Einigung mit den Unternehmern bedeutend leichter, beim Bierbofott haben wir den Mangel einer solchen schwer empfunden. Herr v. Stumm sagt, ich hätte damals die Interessen meines Standes verlegt, weil ich als Arbeitgeber mit sozialdemokratischen Jähren in Verbindung trat. Der Friedensschluß ist aber von den Sozialdemokraten so loyal gehalten worden, daß ich mich nicht bedenkten würde, in einem ähnlichen Falle mit Herrn Singer in Verbindung zu treten. (Sehr richtig links.) Prinzipiell wird der Streik ja als berechtigtes Kampfmittel der Arbeiter anerkannt, nur in der Praxis nicht. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! (zu den Sozialdemokraten) Sie rufen mir häufig ein „sehr richtig“ zu. Dieses „sehr richtig“ wird mich bei vielen im Lande draußen in ein schiefes Licht setzen; man glaubt noch vielfach, daß alles was die Sozialdemokratie für richtig hält, deshalb schon falsch sein muß. (Heiterkeit.) Man sollte nicht America zum Vergleich heranziehen, dort hatten die Unternehmer Soldaten zur Unterdrückung der Arbeiter die sogenannten Pinter'schen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Eher sollte man nach England blicken. Dort ist die Zahl der Streiks etwas gestiegen; aber die Zahl der Streikenden hat ebenso abgenommen, wie die Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage. Sie werden die Streiks nicht aus der Welt schaffen können, ob nun die Berufsvereine Rechtsfähigkeit haben oder nicht. Herr v. Stumm sagt, daß bei einem Steigen der Arbeitslöhne das Capital aufhöre konkurrenzfähig zu sein. Das ist nicht der Fall, da ist nicht die Höhe der Arbeits-

löhne, sondern die Güte der Produktion entscheidend. Herr von Stumm will die Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie in einen Topf; mit Unrecht in England z. B. haben die Gewerkschaften gar nichts mit der Sozialdemokratie zu thun. Die Interessen der Arbeiter sind verschieden, gegenwärtige Behauptungen sind Märchen. Einige sind alle gelehrte und ungelehrte nur gegen solche Unternehmern, die den Arbeitern nicht das Recht gestatten, eine bessere Lebenshaltung anzustreben. Ich will mir gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. Herr von Stumm will uns mit dem Worte sozialistisch schrecken. Ob der Sozialismus, der in der Konklusion der Arbeiter- und Bauernvereine und in dem Antrag König steht ist den Herren von der Rechten genehm, da er ihnen zu Gute kommt. (Sehr richtig links.) Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn v. Berlepsch, der kürzlich in einem Artikel der „Sozialen Praxis“ sagte, daß Gerechtigkeit die Grundlage jeder sozialen Ordnung sein müsse, und hoffe, daß auch die verbündeten Regierungen sich bald auf diesen Standpunkt des früheren Ministers stellen werden. (Beifall links.)

Hierauf verlegt sich das Haus Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Zweite Berathung des Antrages auf Entschädigung der im Wiedererwerbverfahren freigesprochenen Personen. (Schluß 6 Uhr.)

Streiks und Arbeitervereine.

25. Februar.
Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübeck's die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.
Z. A.

H. Schönl, Lederstraße.
„Schutz der Reichsverfassung“. Unter dieser Überschrift veröffentlichen die „Hamb. Nachr.“ einen jedenfalls aus Friedrichshagen stammenden Artikel, den sich natürlich unser nationalliberales Amtsblatt nicht entgehen lassen durfte. Es wird darin unter Bezugnahme auf eine der letzten Reichstags-Sitzungen laconisch hingewiesen, daß entgegen dem Artikel 21 der Reichsverfassung sozialdemokratische Abgeordnete Diäten bezögen, und die Frage aufgeworfen, ob es nicht angezeit wäre, daß der Kaiser eine Botschaft an den Reichstag richtete, in welcher derselbe zu kritischer Ausführung des genannten Artikels an seinem Theile aufgefordert würde. Der Artikel 32 lautet:

„Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Volschuldung oder Entschädigung beziehen.“

Es ist damit offenbar nur gemeint, daß für die Abgeordneten aus Reichsmitteln keine Diäten gezahlt werden sollen. An die Entschädigung um mit den Abgeordneten aus Privatmitteln haben die Autoren jedenfalls nicht gedacht. Eine solche wird wohl bei fast allen Parteien, deren Angehörige nicht aus Missionären bestehen; stattfinden; was hat auch im Allgemeinen nichts darin gemindert. Daß die alte Kassettenliste ihre entgegengekehrte, schon einmal verworfene Anschauung wieder aufweist, ist für den alten Nörgler ebenso charakteristisch, wie für die Ordnungspresse, welche seine Auslassung wie eine neue Offenbarung heilig abdruckt. Es ist gut, daß diese fanatischen Bündchen alle noch vor der Wahl an das Tageslicht treten. Sie nützen uns sehr!

Der Erlaß des Grafen Posadowsky und das Koalitionsrecht beschästigten die am Mittwoch in den „Central-Hallen“ stattgehabte Protokollversammlung. Der Andrang war wieder einmal ein ganz gewaltiger, ein Zeichen, daß breite Wahlstimme bei den Arbeitern einzieht. Das Referat hatte Genosse Th. Schwarz übernommen, welcher in klarer, verständlicher Weise Vorgesichte und Bedeutung des gräßlichen Scheiterschreißens schilderte und zur Annahme der von der Koalitionskommission vorgeschlagenen Resolution aufforderte. Einer besonderen Mittel unterzog er noch das eigenthümliche Verhalten des hiesigen Fabrikspektors, welcher wohl im Industrieverein referirt, es dagegen anscheinend nicht für nöthig hält, der Öffentlichkeit, aus deren Mitleiden seine Thätigkeit honoriert wird, Bericht über seine Leistungen zu erstatten. An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Bartels und Kasch. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem Hinweis auf die national-soziale Versammlung schloß Genosse Kasch die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Eine national-soziale Versammlung -- die erste am Orte -- tagte gestern im Concerthaus Fährhaken. Wie wir vorausgesetzt, war der Andrang ein derartiger, daß Hunderte ungeleert sein sollen, ohne Herrn Damasko, welcher als Referent fungierte, gehört zu haben. Der Saal war überfüllt, namentlich war die Arbeiterschaft zahlreich vertreten. Die Rede des Herrn Damasko war der auswendig gelehrte ergänzte Anzug aus der Frankfurter Programmrede des Harvers Raumann, den wir von ihm und Anderen bereits des öfteren hören durften bezw. mußten: Macht -- eine große Flotte vor allem, doch nicht etwa uferlose Flottenpläne, nur wiederzuerreichen, was wir 1878 hatten, den 8. Rang, um nach der alten Weisheit durch Kriegsbüßungen den Frieden sichern zu können, den die 1870-71 errungene Macht uns 27 Jahre gewährt hat -- Freiheit im Innern, welche ganz allein Bürgerschaft zu leisten vermag für höhere Machtentfaltung -- Arbeit und Schutz der Arbeit, um ein kräftiges Volk zu erhalten. -- Die Aufbringung der Kosten, welche der Woloch Militarismus fordert, soll natürlich nicht durch die „schwachen Schultern“ erfolgen. Erbschaftsteuer in erster Linie empfiehlt der nationale Sozialismus und schweigt in den Millionen, die den Erben der alle Jodelsaher sich zu ihren Vätern verammelnden Reichthümer abknöpft werden könnten. Die bestehenden Parteien genügen sämtlich nicht, weil keine obige Forderungen völlig vertritt, weder die Konservativen, welche Macht unter Ausschluß der Freiheit, weder die Liberalen, welche Freiheit ohne Schutz der Arbeit, noch die Sozialdemokratie, welche die Macht nicht anerkennen wolle. Letztere Partei bekämpfte Herr Damasko besonders gründlich. Er behauptete sie als ein Hinderniß für die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen, weil sie letztere mit thörichten und unmöglichen Forderungen verquide, den Massenhaat nicht anerkenne und die bürgerliche Gesellschaft durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Kaiser durch die Regierung der Monarchie herabsetze, daß sie mit den Vertretern der Sozialdemokratie nicht unterhandeln könnten noch dürften. Man müsse mit den Wachhabern politiken, anstatt durch das konstante „keinen Mann und keinen Groschen“ sie abzustößen. Die Einführung des Milizheeres anstatt des stehenden

würde hochverrath sein, weil man Erbverlores aus den Händen gäbe. Die Sozialdemokratie habe durch ihre falsche Politik lediglich das konterrevolutive Regiment. Leben, um zu fordern, wie er der Um- burg-Stamm und das Zentrum schlaue Weisheit machte, das sei die richtige Wei. Englands Arbeiter seien darin viel gedulder. Dort protegten Minister die Gewerkschaften u. s. w. Nur ein mögliches Palladium, so etwa lautierte der Weisheit Schluß -- natürlich unter Durchführung der nationalsozialen Grundlinien -- barge für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes. Der Rede ward seitens der Anhänger der nationalsozialen Partei Beifall gesendet. In der Diskussion nahm zunächst Genosse Kasch das Wort. Er kritisierte die ungeliebte Weisheit in der Forderung, welche den Nationen erwecken müsse, als sei es nur darum zu thun, einer zwecklosen Eitelkeit -- an dritter Stelle zu rangiren -- zu entsprechen. Was nütze es, wenn man im Ernst-falle doch nicht mit „gepanzelter Faust“ dazwischen-fahren und Vorherren um die Zerstörung Nechten könne? Die Deutungfrage sei nicht bedingend beantwortet Wohl könne ein Nationalsozialist für seine Person nicht die Bürgerschaft übernehmen, daß die Kosten aus den Taschen der Reichen gezogen würden, so lange man aber die Gewisheit habe, daß dies nicht gelte, habe man als ehrlicher Arbeiterfreund nichts zu bewilligen, was schwache Schultern belasten würde. Was es mit der Erbschaftsteuer auf sich habe, bewies das Beispiel von Venedig. Hier müsse man eben zu neuen Steuern, welche Jedermann treffen würden, greifen, wenn das Reich die Erbschaftsteuer occipire. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Klassenstaat habe Redner verkannt. Der Klassenstaat gebe zwar freiwillig den Arbeitern nichts und müsse verschwinden, aber die Arbeiter suchten ihm im gewerkschaftlichen und politischen Kampf etwas abzurufen, und jeder Erfolg ihrerseits sei ein Schritt zum Sarg des Klassenstaates. Die Angelegenheit der Mahnung des Redners zum Politiken und Kompromissen mit der Regierung sei, bewies die ungeliebte Weisheit überaus feindsich Haltung derselben, welche sie eingezogenen seit dem Beginn der sozialdemokratischen Bewegung. Ausnahmegebiete, Achtung, Entschädigung seien ihrer Weisheit A und L gewesen. Wo solle aus das Verzeihen herkommen? Solange die Regierung für die Arbeiter nur laube Ehren habe, sei es Pflicht, statt ihr nachzugeben, nachhaft zu opponiren und ihr Alles zu verweigern. Nur durch energisches Vorgehen könne das Volk die Regierung dazu bringen, einzuführen aus den realistischen Maßnahmen, nicht durch die nationalsoziale Taktik des Wütens und Schandens. Wie verfallen nicht dem heute doppelt verhängnis-vollen Optimismus, sondern beharren bei unserem Standpunkt! -- Schlußwörter, anhaltender Beifall. Sodann erhielt Genosse Martels das Wort, um die vorigen Ausführungen zu ergänzen und namentlich die Nothwendigkeit der großen Flotte an der Hand einziger Weisheit zu betonen und die Anschauungen des Referenten über die englische Arbeiterbewegung zu widerlegen. Als er etwa 20 Minuten gesprochen hatte, wurde ihm vom Vorsitzenden beordert, daß er zu schweigen habe. Der hierüber entstehende kurze Wortwechsel erweckte in der Versammlung offenbar falsche Vorstellungen und entwand ein unabsehbareher minutenlanges Unruhe, der nur mühsam beigelegt werden konnte. In seinem Schluss-wort beendete dann Herr Damasko die Einwendungen der Kor-rekturen zu widerlegen. Die Zukunftsfrage würden „situationstriebe sein, meinte er zur Begründung der Flottenverleugung. Im Uebri-gen brachte er wesentlich Neues nicht vor, sondern präparierte nochmals seinen Standpunkt unter dem Beifall des Häufleins seiner An-hänger. Wir haben zunächst noch einige Bemerkungen zu machen. Das Verhalten der Versammlung verdient ernste Mißbilligung. Man rügt als verurtheilte Weisheit wirkliche oder vermeinte Uebergriffe von Gegnern nicht dadurch, daß man in denselben Fehler verfallt. Ein anständiger Arbeiter wird sich nicht zu demüthigem lärmendem Auftreten verhalten lassen. Wir können nicht behaupten, ob Parteigenossen an den gestrigen Auftritten betheiligte waren, würden aber nicht anfehlen, gegebenenfalls ihr Benehmen als ganz ungehörig zu bezeichnen. Andererseits trägt auch der Leiter der Versammlung ein gewisses Theil Schuld an dem behauerischen Verlauf derselben. Wer so nervös und empfindlich ist, wer schon bei einem schärferen, wenigleich durchaus parlamentarischen Ausdruck eines Gegners aufsprüht, wie von einer Tarantel gestochen, wer eine aufgeregte, von Mißverständnissen erfüllte Versammlung durch provokatorisches Auftreten reizt, der eignet sich zu derartigen Tugun nicht, der bleibe lieber daheim. Es war auch ein großer Fehler, daß nicht von vornherein den Diskussionstrebenden bedeutet wurde, daß die Redezeit auf 1 1/2 Stunde beschränkt sei. Wir hatten, in Hinblick auf frühere Erfahrungen, am Mittwoch erklärt, daß eine eingekürzte Redezeit gewährt würde, erwiehen aber erst heute aus der „Deutschen Volksstimme“ des Herrn Damasko, daß er vor kurzem beschlossen hat, in Zukunft nur eine halbe Stunde zu ge-währen. Zu zu widerlegen dürfte das auch in den meisten Fällen ausreichen, wäre es aber gestern sofort bekannt gegeben worden, so wäre alles Unangenehme vermieden worden. -- Hoffentlich haben diese Erklärungen auf beiden Seiten gute Wirkung. -- Auf eine andere Angelegenheit, welche Genosse Kasch in verständlicher Bemerkung erledigte, kommen wir morgen zurück, um zu zeigen, wie berechtigt es war, als Genosse Kasch Herrn Damasko den guten Rath gab, hinsichtlich der Berichterstattung über Versamm-lungen nicht so empfindlich zu sein, da er doch unter dem Glashaufe sitze. -- Zu einer demnächst stattfindenden Versammlung wird Harter Raumann sprechen.

Die Kartellbelegirten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung in Zimmer 2 und 3 stattfindet. Der Bürgerrechtsverein läßt einmal wieder etwas von sich hören. In seiner letzten Versammlung nahm er nach-folgende Resolution an: Seitdem das Bürgerrecht nur noch der Inbegriff der südbelischen Staatsbürgerrechte ist, läßt sich der Verkauf desselben weder vom Standpunkte des Staatsrechts, der Sittlichkeit, noch der politischen Zweckmäßigkeit rechtfertigen. Die von weit über 100 Steuerzahlern aller Stände beehrte Versammlung des Bürgerrechtsvereins richtet daher an den hohen Senat das ergebene Ersuchen, der Bürgerschaft einen Gehepunkt entgegen zu bringen, durch welchen der Erwerb des Bürgerrechts erleichtert wird. Erleichtert also, nicht unentgeltlich gemacht. Soweit schwingt sich der „Freisinn“ des Vereins mit dem abgekürzten Namen nicht auf. Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen den seit 14 Tagen flüchtigen Buchhalter eines hiesigen Agenturgeschäfts, welcher 2000 M. seinem Prinzipal unterschlagen haben soll, und gegen einen Hausdiener, welcher im Verdachte steht, einen Trauring entwendet zu haben. -- Wegen Betteln's geriethen 9 Personen in Haft. Erklärung. In der Sitzung des Amtsgerichts vom 24. d. Mts. hat die unverschämte Ida Maria Christiana Wendfeldt, wohnhaft hieselbst, in Veranlassung ihrer bevor-stehenden Verheirathung mit dem Steinbrucker Georg Ludwig Galenbeck hieselbst die Erklärung abgegeben, daß sie für die Verbindlichkeiten ihres künftigen Ehemannes überall nicht haften wolle. Odesloc. Ein bisher nicht ermittelter Einbrecher verübte Nachts bei dem Landmann Stange in Bü-

ningstedt Diebstahl und Brandstiftung. Der Dieb drang in die Mädchenkammer ein, aus welcher er ein Sporttaschenbuch und mehrere Kleidungsstücke stahl. Dann trat der Gauner seinen Rückzug an, nachdem er das von ihm benutzte brennende Licht auf das Bett gesetzt hatte. Durch das bei seiner Flucht verursachte Geräusch erwachte glücklicherweise der Besitzer; Herr Stange eilte in die Kammer und fand hier das Bett bereits lichterloh brennend vor. Es gelang ihm, mit Hilfe von Hausbewohnern den Brand zu löschen.

Hamburg. Am zweitenziehungstage der 4. Klasse der 813. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:
 Nr. 10823 mit 3000 Mk. Nr. 40336 mit 2000 Mk.
 Nr. 22781 mit 1000 Mk. Nr. 59408 59908 à 400 Mk.
 Nr. 44099 45081 45295 42241 à 300 Mk. Nr. 4705 18065
 28030 28127 33572 49282 51876 52612 52850 78222 108790 à 200 Mk. (Ohne Gewähr.)

Altona. Aus dem Schwurgericht. Dienstag fand die letzte Sitzung in dieser Periode statt. Die Verhandlung war gegen den Kandidaten des höheren Schulamts Dr. Karl August Eduard Seidenstücker gerichtet und wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Der Angeklagte ist am 10. Juli 1870 in Holthausen in Schwarzburg-Sondershausen geboren und war zur Zeit, als er die ihm vorgeworfene That ausgeführt

haben soll, am hiesigen Realgymnasium thätig. Angeklagt war er wegen verführter Mordthat. Er soll in der Nacht zum 16. September v. J., als er in etwas angetrunkenem Zustande nach Hause kam, versucht haben, das 15 Jahre alte Dienstmädchen seiner Logiswirthin zu vergewaltigen. Auf die von dem Vater des betroffenen Mädchens gemachte Anzeige lehnte die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage gegen Dr. Seidenstücker ab. Die Oberstaatsanwaltschaft aber verlegte auf die von Rechtsanwalt Dr. Suse erhobene Beschwerde die Verfolgung des Beschuldigten. Statt ihn aber gleich wegen verführter Mordthat anzuklagen, welche That nach der Aussage des betroffenen Mädchens vorlag, erhob man nur Anklage wegen thätlicher Beleidigung. Erst in der am Sonnabend stattgehabten Verhandlung vor dem Landgericht wurde der Angeklagte dem Schurgerichte überwiesen. Der Angeklagte leugnete die That. Die Verhandlung dauerte bis spät Abends. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten frei, worauf die sofortige Haftentlassung des Angeklagten erfolgte.

Stadttheater. Sonnabend wird die Lustspiel-Neuheit „Hosgunst“ von Th. v. Trotha zum ersten Mal gegeben. Sonntag Nachmittags 4 1/2 Uhr findet eine Fremdenvorstellung von

„Im weißen Rössl“ statt. Zu dieser Vorstellung gehen noch die Bonds (Massenabonnements) gegen die übliche Nachzahlung Abends 7 Uhr geht „Das Rheingold“ von Richard Wagner noch einmal, und zwar zum letzten Male in dieser Spielzeit in Scene.

Wilhelm-Theater. Das Gastspiel des Stadttheater-Ensembles mit dem Hauptmannlichen Märchendrama „Die verurtheilte Glode“ dürfte einen großen Andrang nach Billetherrufen und empfiehlt es sich, schon jetzt die Billetherrufen bei Herrn Kowalsky, Sandstraße, sich zu erwerben.

Der Schweinehandel verlief gut.
 Preis: Perlbartschweine Schweine 58 59 Mk., 57 58 Mk., Sauen 50 55 Mk. und Ferkel 54 56 97c.

See-Berichte.
 D. „Agir“, Kapit. Sjöman, ist am 24. Februar in Hangö angekommen.
 D. „Jar“, Kapit. Ekens, ist am 24. Februar in Neufahrwasser angekommen.
 D. „Amatra“, Kapit. Schöning, ist am 24. Februar von Hangö auf hier abgegangen.
 D. „Ludwig“, Kapit. Förster, ist am 24. Februar in Kolding angekommen.
 D. „Aris“, Kapit. Schwarz, ist am 24. Februar von Cumerio bergwärts gefahren.
 D. „Trave“, Kapit. Meißner, ist am 24. Februar von Stettin auf hier abgefahren.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Zu verm. ein schönes heizbares Logis
 Wilh. Menschel, Untertrabe 53

Zu vermieten mehrere elegante Herren- und Damen-Masken-Anzüge von 1 Mark an
 Wäckerstraße 8.

Zu vermieten ein Herren- und zwei Damen-Selbst-Masken-Anzüge
 Meißlinger Allee 64.

Billeg zu vermieten oder zu verkaufen ein Herren-Maskenanzug (Engländer)
 Ludwigsstraße 26, 2. Et.

Gesucht eine Wohnung
 für eine Familie mit einem Kind. Preis bis 150 Mark. Offerten unter P 40 an die Exped.

Zu kaufen gesucht ein Gartenschlauch
 7 bis 8 Meter lang Schwarzwasser Allee 131 a.

Billeg zu verkaufen ein Heubauer, mehrere kleine Bauer und Kanarienvogelweiden
 Arminstraße 13.
 Donnerstag den 24. d. M. wurde ein Regenschirm im Stadttheater, 2. Rang rechts, verkauft. Es wird gebeten, denselben daselbst anzukaufen.

Allerfeinste Tafelbutter
 Pfund 1,10 bis 1,15 Mk.
Hofbutter 1,05 Mk.
 empfiehlt die Butterhandlung von
Th. Storm, Königstr. 98.
 Telefon 473.

Achtung! Hausfrauen!
 Beim Einkauf von Margarine erhält Jeder ff. Sieingutgeschirr (Teller, Tassen, Kaffeelannen etc.) als Gratiebeigabe.
 Ich empfehle die hochfeine
Margarine „Crème“
 Pfd. 60 Pfg.
feine Tafel Pfd. 50 Pf.
 Hochachtend J. C. W. Blöss, Kupferschmiede-
 straße 7.

Landwurst
 in ganz vorzüglicher Qualität
 empfiehlt
Th. Storm, Königstr. 98.
 Telefon 473.

Gebrannten Caffee
 Pfd. 80 Pfg.
 in verbesserter Qualität
 Caffee-Rösterei Holstenstr. 10

Margarine
 welche der feinsten Weizen- und Bauern-Butter gleich kommt, ist stets in schöner frischer Qualität zum Preise von 50, 60 u. 65 Pfg. bei mir im separaten Laden, (Eing. Luks), wo auch der Verkauf von diversen
Fleisch- u. Wurstwaren
 stattfindet, zu haben.
 Ein Probe-Versuch wird Obiges bestätigen.
Ferd. Schreiber
 20 Langer Lohberg 20.

Sarg-Magazin Grösstes Lager am hiesigen Platze.
 ob. Mühlenstr. 13. **Gebr. Müter** Billige Preise.
 Fernspr. 427. Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
 Ueberführung von u. nach Auswärts.

Öffentliche Bauarbeiter-Versammlung
 am Sonnabend, den 26. Februar 1898, Abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstrasse 50.
Tages-Ordnung:
 1. Die diesjährige Lohnbewegung der Bauarbeiter Deutschlands und die Haltung der übrigen Gewerkschaften der Baubranche.
 Referent: Kollege F. Krens-Damburg.
 2. Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Oh! Wir sind auch da! Oh!
Albert Semadas renommierte Quartettsänger kommen auch!
 Nur einmalige Soiree verbunden mit Doppel-Concert.
 am Sonntag den 27. Februar, 7 1/2 Uhr
 im **Circus Variété Reuterkrug.**
 Auch nur kleine Preise.

Central-Hallen.
 Sonntag den 27. Februar:
Großer öffentlicher Masken-Ball
 verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.
 Versammlung der Masken von 6-7 Uhr im Nebensaal Maskenzug um 7 Uhr. Den Zuschauern ist die Theilnahme am Längen gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet. Kappen und Masken-Garderoben sind am Ballabend im Lokal zu haben. Demaskierung nach Belieben. Einlasskarten im Voraus Herren 70 Pf., Damen 40 Pf., sind zu haben bei **Friedr. Nagel, Am Markt, und Carl Schrader, Holstenstraße 28,** sowie in den Central-Hallen bis Mittags 1 Uhr. Kassapreis Herren 80 Pf., Damen 50 Pf., von 11 Uhr an Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. Im vollständigen Masken-Kostüm zahlen Herren 25 Pf., Damen 15 Pf.
 Nur anständige Masken haben Zutritt.
 Lokal-Öffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Prima frische Thüringer Blutwurst, pr. frischen Preßkopf
 empfiehlt
Georg Schmidt,
 obere Fleischhauerstr. 11.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
 Täglich frische Brodwurst
 und Kopffleisch
 empfiehlt
Aug. Scheere,
 Holstenstr. 27.
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.
 „Schweinefleisch Pfd. 60 Pf.“
 „Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.“
 empfiehlt:
W. Strohfeldt
 73 Glockengießerstraße 73.

Unglaublich billig!
 Zurückgesetzte Waaren von der Inventur.
 Da wir für die Frühjahrswaaren Platz schaffen müssen, verkaufen wir solange der Vorrath reicht:
 Herren-Anzüge jetzt zu Mk. 7 u. 9.
 Herren-Jacketts jetzt zu Mk. 7 u. 10.
 Herren-Mäntel jetzt zu Mk. 10 u. 12.
 Herren-Hosen jetzt zu Mk. 1 u. 2.
 Herren-Westen jetzt zu 95 Pfg.
 Anaben-Anzüge jetzt zu Mk. 1 u. 2.
 Jünglings-Anzüge jetzt zu Mk. 4 1/2, 5.
 Anaben-Hosen jetzt zu 60 u. 80 Pfg.
Konfirmanden-Anzüge
 in diesen Auswahl von Mark 6 an.
 1 Hut gratis.
Welthaus Goldene 33
 nur Breitestr. 33, eine Treppe.
 Ausgang nur vom Thur.
 Buchenbrennholz Sad 90 Pfg., Tannenbrennholz Sad 80 Pfg. Lichte Querstraße 9/1.
 Feine Tafel-Butter, Pfd. 1,10 Mk.
 empfiehlt **Frommhagen, Mühlenstraße 81.**

Frische hiesige Land-Bier
 Allerfeinste Tafelbutter, Margarine, Pfd. 50, 55 und 60 Pfg., Fleischbutter, 3 Stück 10 Pfg., 2 Stück 15 Pfg. und Sild 10 Pfg. Brod von der St. Jürgens-Dampfmühle.
F. Höppner
 Königstraße 68, bei der Dützstraße.

Seefahrer-Krankenkasse
 Ordentliche
General-Versammlung
 am Sonntag den 27. Februar
 Nachm. 3 1/2 Uhr
 bei Herrn Jürns, Engelsgrube 59.
 Tages-Ordnung:
 Abrechnung. Vorstandswahl. Ant äge und Verchiedenes.
 Der Vorstand.

Circus Variété Reuterkrug.
 Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 Nur einmalige Soiree
 d. allbeliebten Hamburger Quartettsänger
 bestehend aus den Herren: **Seegers, Lachner, Freitag, Falss u. Schramm.**
 Plattdeutscher Accitator Herr **H. Falss.**
 Dazu Concert der Circus Variété-Capelle.
 Kleine Preise.
 Im Vorverkauf: Voge Mark 1,00.
 Sperrsilb 60 Pfg. 1. Platz 40 Pfg.
 2. Platz 30 Pfg.
 Nur einmalige Soiree.

Wilhelm-Theater.
 Sonntag den 27. Februar 1898:
 Gastspiel des Stadttheater-Ensembles.
 Einmalige Aufführung.
Die versunkene Glode.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Vorverkauf bei Herrn Kowalsky, Sandstr.

Stadt-Theater.
 Sonnabend: 100. Abomm. Vorst. 4. Abth. roth. Zum 1. Male. Neuheit.
Hosgunst.
 Lustspiel in 4 Akten von Th. v. Trotha.
 Sonntag: Nachm. 4 1/2 Uhr.
 Große einmalige Fremden-Vorstellung
 Auf vielseitigen Wunsch.
 Stürmischer Beifall! Beispielloser Lacherfolg!
Im weißen Rössl!
 Anfang 4 1/2 Uhr. Opernpreise.
 Bonds gegen die übliche Nachzahlung gültig.
 Abends 7 Uhr. Außer Abonnement.
 Zum letzten Male in dieser Spielzeit.

Das Rheingold.
 Dienstag: Außer Abonnement.
 Benefiz für Herrn Arthur Saran.
Der Kattenfänger von Hameln.
Speise-Halle Hansa
 Mengstraße 24.
 Heute Sonnabend: Graupensuppe, Gulasch, Kartoffeln, Milchkochl.

Chronik auf das Jahr 1848.

25. Februar.

Schon früh Morgens sammelten sich große Menschenmassen vor dem Stadthause, wie auch die Straßen die ganze Nacht nicht leer geworden waren. Namentlich die Arbeiter gaben sich die Parole, auf der Hut zu sein. Man wollte sich nicht wieder die einmal erkämpfte Republik, deretwegen schon so viele frühere Aufstände geföhrt worden waren, entreißen lassen. Zudem mißtraute man in diesem Kreise der provisorischen Regierung, die allerdings zum größten Theile aus bürgerlichen Republikanern bestand, die von der sozialistischen Republik Blanc's und Albert's nichts wissen wollten. Der Greve-Platz, die heutige Place de l'Hotel de Ville, wimmelte von Menschenmassen, die sich aus den Vorstädten herandrängten. Ununterbrochen erschallte die Marseillaise. An vielen Stellen flatterten rothe Fahnen. Dem Arbeiter Marsche war es gelungen, in das Verhandlungszimmer der Regierung zu bringen. Er stellte sich, mit dem Gewehr in der Faust, als Abgesandter des unter verammelten Volkes vor und verlangte: „Organisirung der Arbeit und das Recht auf Arbeit in einer Stunde. Das Volk will es, es wartet!“ Man erwiderte, daß sich das soziale Problem nicht in einer Stunde lösen lasse. Endlich entschloß man sich, nach erregten Debatten zwischen den Regierungsmännern selbst, das folgenschwerste Dekret zu erlassen, welches von der provisorischen Regierung ausgegangen ist. Es lautet:

„Französische Republik.“

Paris, 26. Februar 1848.

Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, für die Existenz des Arbeiters durch seine Arbeit Gewähr zu leisten.

Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu garantiren. Sie erkennt es an, daß sich die Arbeiter mit einander verbinden müssen, um den rechtmäßigen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen.

Die provisorische Regierung giebt die aus der Civilliste fällige Million den Arbeitern, welchen sie gehört.“

Die Arbeiter unten empfangen das Dekret zum Theil mit Jubel. Als der Arbeiter Marsche aus dem Sitzungssaal zurückkam, hatten sich die rothen Fahnen um das hundertfache vermehrt. Alle Häuser und Fenster waren mit oder ohne Einwilligung der Besitzer roth beslaggt worden. Hatten doch die Arbeiter auch während des Kampfes die rothen Fahnen auf den Barricaden vielfach aufgesteckt. Jetzt verlangte das Volk leidenschaftlich, daß auch auf dem Stadthause die rothe Fahne gehißt werde. Die Regierungsmänner, mit Ausnahme Blanc's, widerlegten sich entschieden. Als der Tumult immer größer wurde, ging Lamartine hinunter und sprach von der Freitreppe des Hauses zu dem verammelten Volk. „Was zum Tode“, so schloß er, „werde ich dieses blutige Banner von mir stoßen und Ihr müßt es noch mehr verabscheuen, als ich. Die rothe Fahne, die Ihr uns bringt, hat, durch das Blut des Volkes geschleift, 1791 und 1793 den Weg um das Marsfeld gemacht. Die Tricolore aber hat die Welt durchzogen mit dem Namen, dem Ruhme, der Freiheit des Vaterlandes!“ Der auf die heißköpfigen Franzosen gut gewählte Vergleich verfehlte seine Wirkung nicht. Man hörte Rufe „Es lebe die Republik!“ und allmählich beruhigten sich die Volksmassen.

Belgien. Nach Brüssel brachten um Mitternacht aus Frankreich eintreffende Reisende die ersten Nachrichten von der Republik. Auch hier entbrach eine mächtige Aufregung und es bildeten sich bedrohliche Ansammlungen. Am 26. rief darauf der König der Belgier einen Ministerrath zusammen und erklärte, er habe nicht aus Ehrgeiz nach der Krone gestrebt und sei bereit, auf dieselbe zu verzichten, falls keine Person ein Hinderniß für die Ruhe des Landes sei. Das Ministerium erwiderte, daß das Volk kein Verlangen nach einer Republik habe. Zwei Tage darauf wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der den Wahlgewinn auf zwanzig Gulden herabsetzte und weitere Reformen wurden zugesagt. Die Unruhen in Belgien waren bald beendet.

26. Februar.

Die französische Regierung veröffentlicht, gemäß der Anerkennung des Rechts auf Arbeit, das folgende Dekret: „Im Namen des französischen Volkes! Die provisorische Regierung der Republik verordnet die unverzügliche Errichtung von Nationalwerk-

stätten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Befehls beauftragt.“

Die 48er Revolution war ja zum guten Theil veranlaßt durch die Handelskrisen und die schlechten Ernten der vorhergehenden Jahre. Noth, Elend und Arbeitslosigkeit waren groß. Bei den angeordneten Nationalwerkstätten handelte es sich um eine Art von „Nothstandsarbeiten“, wie wir heute sagen. Die Erfüllung sozialistischer Wünsche brachten sie nicht. Sie waren mehr eine Erweiterung des Armen-Unterstützungswesens, nähsten wenig und schwächten stattdie finanziellen Kräfte des so wie so schon halb bankrotten Staates.

Im Laufe des Tages setzte Blanc noch bei der Regierung durch, daß wenigstens die rothe Rosette zum Nationalabzeichen erklärt wurde. Ferner wurde die Todesstrafe abgeschafft, damit dokumentirend, daß die 48er Republik nicht die blutigen Bahnen der großen französischen Revolution zu wandeln gesonnen sei. Abends wurde noch beschlossen, Louis Philipp die Mittel zur Flucht zu bewilligen. Man wollte weder ihn noch seine Rathgeber zur Rechenschaft ziehen.

Der kleine durch Erbgang und Verträge an Preußen gekommene schweizerische Kanton Neuenburg hatte schon mehrfach durch Aufstände versucht, von Preußen los zu kommen und eine republikanische Verfassung zu begründen. Diese Veruche waren jedoch von Preußen niedergeschlagen worden. Unmittelbar nach der Februarrevolution brach in der Ortschaft Voile wieder ein republikanischer Aufstand los. Eine Volksversammlung in La Chaux de Fonds wählte eine provisorische Regierung, woraus etwa 1400 bewaffnete Republikaner nach Neuenburg marschirten, ohne Widerstand Befehl vom Schloß nahmen, den Staatsrath entsetzten und die widerspenstigen Mitglieder desselben gefangen nahmen. Die provisorische Regierung wurde von der schweizerischen Tagelagerung sofort anerkannt. Das Berliner Kabinet begnügte sich mit einem Protest gegen das Geschehene und der König Friedrich Wilhelm IV. entsand die besagten Staatsräthe des Landes der Treue, während ein Verfassungsrath eine republikanische Verfassung entwarf, die später auch eingeföhrt wurde.

Der Zola-Prozeß.

Paris, 22. Februar.

Zola trifft 11 Uhr 45 Minuten im Justizpalaste ein. Die Zugänge und die Wandelgänge sind fast leer; der Sitzungssaal jedoch ist gefüllt. Um 12 Uhr 15 Minuten wird die Verhandlung wieder aufgenommen.

Labori fährt in seinem Plaidoyer fort und giebt den angeklagten Ueberblick über alle die Angelegenheit berührenden Thatsachen. Er beginnt mit der Verhaftung des Dreyfus im Oktober 1894 und konstatirt dabei, daß die Verhaftung zwei Blättern, der Libre Parole und dem Eclair, bekannt war.

Labori fährt fort: Major du Paty de Clam hatte der Frau Dreyfus unter Androhung schwerer Strafen für ihren Gatten unterzagt, von der Verhaftung zu sprechen. Die Mittheilung an die Libre Parole wurde demnach nicht von Frau Dreyfus gemacht, sondern von den Bureau des Kriegsministeriums. Libre Parole und Eclair brachten lügenhafte Artikel in Betreff der Schuld des Dreyfus. Labori spricht sodann von den Verhören, bei denen du Paty de Clam Dreyfus einzuschüchtern suchte, und von den Eindrücken Forcinetti's, des Gefängnis-Kommandanten, nach dessen Anschauungen Dreyfus unschuldig war. (Murren im Saale.)

Der Präsident fordert das Publikum auf, sich still zu verhalten.

Labori fährt fort: Nach dieser geheimen Untersuchung, dieser romanhaften Untersuchung, verfügte man Ausschluß der Öffentlichkeit trotz des Einspruches der Presse. Um diese Geheimthuerie zu rechtfertigen, dazu gehörte absolute Achtung vor dem Gehege; man brachete sie nicht.

Das ist es, was zu den unablässigen Einspruchserklärungen des Dreyfus hinzukommt, was Verirrung brachte in so viele aufgekürte Köpfe. Die Stärke unserer Gegner, soweit sie guten Glaubens sind, ist ihr Glaube, daß sich alles nach den Regeln der Gesechlichkeit abgespielt habe. Die Sachen sind jedoch nicht so vor sich gegangen. (Bewegung.)

Der Kriegsminister besaß bereits acht Monate vor der Verhaftung des Dreyfus eine Photographie des Schriftstückes „diele Canaille D.“, das bewies, daß ein französischer Offizier zu zwei fremdländischen Militärattachés Beziehungen hatte. Dieses Schriftstück bezieht sich nicht auf Dreyfus. Labori weist auf die Wichtigkeit dieses Schriftstückes hin, denn darauf stützte man sich so lange Zeit, um eine Schuld des Dreyfus zu konstruiren. Es ist dies das Schriftstück, das das „befreiende Dokument“ genannt wurde, und das eine verschleierte Dame Esterhazy zustellte, der es seinerseits gegen Empfangsbekundigung dem Kriegsministerium übergab.

Labori spricht sodann von General Mercier und sagt: Er ist vielleicht ein braver Soldat, aber er war großen Sachen nicht gewachsen. Denn was soll man denken von der Diktat-Probe, der Dreyfus unterworfen wurde? Mercier setzte willkürliche Eindrücke an Stelle der fehlenden Beweise, und so kam man dazu, einen Unschuldigen verurtheilen zu lassen. Labori fragt: Warum sprach man nicht von diesem Schriftstück „diele Canaille D.“ zu Dreyfus und seinem Verteidiger? Sind nicht Erklärungen fremder Regierungen in betref Dreyfus vorhanden? (Murren.) Ich habe dieses Murren erwartet. Wir hätten Fremde als Zeugen vorladen können.

Der Präsident unterbricht Labori mit den Worten: Wir hätten sie nicht gehört!

Labori fährt fort: Wir haben thatsächlich kein Gewicht darauf gelegt, Fremde in dieser Angelegenheit anzuhören, die unter uns geregelt werden soll, damit wir Franzosen trotz aller Zwistigkeiten uns Hand in Hand finden, wenn die Kriegsdrohungen, die man ziemlich leichtfertig in die Debatte geworfen hat, sich verwirklichen sollten. Aber schließlich ist eine offizielle Erklärung in einer Kommission des deutschen Reichstags erfolgt.

Hier unterbricht der Präsident den Redner wieder und sagt: Uebergehen Sie das.

Labori kommt sodann auf die Dreyfus auferlegte Diktatprobe zurück. Diese beweist die Hinfälligkeit des Verfahrens. Denn, wenn man einen Beweis von der Schuld gehabt hätte, würde man nicht seine Zuflucht genommen haben zu einem solchen Vorgehen, wie es mit dem Vorderau geschah. Die Richter waren beim Beginn der Verhandlung im Begriffe, den Angeklagten freizusprechen; sie hätten es gethan, wenn man nicht gegen alles Recht ihrem Urtheil eine falsche Richtung gegeben hätte durch Mittheilung eines Schriftstückes, das nicht in die Verhandlung gehörte, über das auch nicht verhandelt worden war.

Labori verliest sodann das Protokoll des Dreyfus-Kriegsgerichtes und fügt hinzu: Ich habe das Urtheil über diese Angelegenheit in Händen. Ich bezeuge es, daß darin nichts gegen Dreyfus enthalten ist. Ich verpflichte mich mit meiner Ehre dafür, meine Herren! Ich sage es Ihnen, es ist nicht

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(48. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ich war fast ein täglicher Zuschauer im Cirkus,“ erklärt er lächelnd, die Befangenheit des Mädchens bemerkend. „Auch an jenem unglücklichen Abend, als Sie mit Ihrem Pferd stürzten. Wie oft habe ich seitdem an Sie gedacht, ob Sie noch lebten, was aus Ihnen geworden ist und so weiter! . . . Ja, ja, mein Fräulein, in mir besaßen Sie einen stillen Verehrer Ihrer Schönheit, Ihres Muthes, Ihrer Geschicklichkeit. . . . Wehren Sie nicht ab, Fräulein Douglas! Mir altem Manne dürfen Sie solch ein Kompliment schon gestatten; ich bin bereits seit Jahren glücklicher Großvater. Aber wie hoch ich Sie halte, mag Ihnen beweisen, daß ich Ihr Bild unter andern mir lieben Gegenständen hier in meinem Kullt bewahre.“

Mit jovialem Lächeln reicht er Irene die Hand, in die sie kräftig einschlägt.

„Gerade in dem Augenblick, als Sie vorhin mein Geschäft betreten, hatte ich dort etwas zu thun,“ fährt er lebhaft fort. „Ein Blick auf Ihr Gesicht und ich erkannte Sie sogleich. Ich ließ Sie durch meinen Sekretär rufen, der mir meldete, Sie seien eine der vielen jungen Damen, welche sich wegen der ausgeschriebenen Anstellung herbemüht hatten. Einen großen Gehalt können wir kaum für Sie erschwingen — jedenfalls keinen solchen im Vergleich zu Ihrer Gage im Cirkus; aber wenn Sie mit zehn Dollars die Woche zufrieden sind, soll es mich sehr

freuen. Ich werde Sie selbst in Ihre neue Stellung einföhren.“

Irene's Antlitz strahlte. Das ist mehr, als sie zu hoffen wagte. Mit warmen Worten dankt sie dem biedern alten Herrn.

Nachdem alles Nähere verabredet ist, verläßt sie glücklichen Herzens das Geschäftsfokal.

Uebermorgen schon soll sie die Reise nach Chicago antreten.

XXXIV.

Acht Wochen sind vergangen.

Irene fühlt sich wohl und hehaglich in ihrer neuen Stellung in Chicago. Sie hat nichts weiter zu thun, als in dem kleinen Kunst-Pavillon der Welt-Ausstellung die Honneurs zu machen, so bald das Publikum sich einföhrt.

Wie viel Interessantes sieht und hört sie hier! — Menschen aus allen Ländern und Erdtheilen, Sprachen jeder Klangfarbe und Schattirung! . . . Ihr Blick weitet sich; ihr Geist strebt empor zu allem Schönen, Guten, Edlen. . . .

Was früher wild, ungestüm, leidenschaftlich an ihr war — jetzt ist es abgeflärt zu sanfter Weiblichkeit. Die Ruhe, die sorglose Behaglichkeit, die sie zum ersten Mal in ihrem Leben empfindet, wirken wohltuend auf ihr ganzes Sein.

Selbst Dr. Donald's vermag sie jetzt ruhiger zu bedenken. Auch weist sie die Erinnerung an ihn nicht mehr, wie früher, von sich. Im Gegentheil. Oft und gern weilen ihre Gedanken bei dem geliebten Manne, der jetzt wohl schon Ruth's Gatte ist. Ein eigenes Gefühl durchbebt ihr Herz in dem Bewußtsein, etwas zu dem Glück der Beiden beigetragen zu haben.

Einmal ist es ihr, als gehe Ruth's dunkle Gestalt

am Pavillon vorüber. Doch als sie zum zweiten Male hinsieht, ist die junge Dame bereits ihren Blicken ganz entschwunden.

Heute, an einem trüben Regentage, ist besonders wenig Publikum im Pavillon. Irene nimmt Longfellows Gedichte zur Hand und beginnt zu lesen.

Da hört sie plötzlich hastige Schritte, gefolgt von einem leisen Freudenschrei.

Sie blickt auf.

„Ralph!“

„Viola!“

Sie ist vom Stuhl emporgesprungen. Bleich, zitternd steht sie vor ihm.

„Endlich gefunden!“ jauchzt er. Doch wagt er kaum, ihre Hand zu berühren. Jeden Augenblick kann Jemand in den Pavillon eintreten.

Vor seinem leidenschaftlichen Blick weicht sie aber jetzt zurück.

„Sehen Sie mich nicht so an!“ flüstert sie hastig. „Sie, Ruth's Gatte!“

„Ich — Ruth's Gatte? Was quält Dich, Kind? Ich bin frei, wie der Vogel in der Luft und hier, um Dich mit mir zu nehmen.“

„Aber Ruth! Ruth!“ Weiter vermag sie nichts hervorzubringen.

„Ruth selbst schickte mich her. Vor einigen Tagen hat sie Dich hier gesehen und mir sofort darüber Mittheilung gemacht. Sie weiß, wie schmerzlich ich Dich suchte, mein Lieb!“

Irene ist todtenbleich vor Erregung.

Kaum vermag sie das soeben Gehörte zu fassen. . . . Ralph nicht Ruth's Gatte? . . . Und Ruth hat ihn selbst hergeschickt?

„Ruth liebt Dich doch!“ flüstert sie kaum hörbar.

Belastendes darin gegen denjenigen, der verurtheilt wurde. (Anhaltende Bewegung, Zeichen von Zustimmung.)

Die Sitzung wird unterbrochen. Während der Unterbrechung der Verhandlung treten zahlreiche Personen auf Labori zu, um ihm die Hand zu drücken. Laboris gemäßigter, wenn auch fester Ton, seine gewohnte Sprache machen anscheinend Eindruck auf die Zuhörer.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung spricht Labori von den angeblichen Geständnissen Dreyfus' gegenüber dem Kapitän Lebrun - Renault nach der Verurtheilung, und behauptet, daß, wenn ein Protokoll über diese Geständnisse existire, es erst nachträglich angefertigt worden sei. Man hätte dies durch Zeugen darthun können, wenn Lebrun - Renault als Zeuge vorgekommen wäre. Labori ermahnt an die Erklärung des Ministerpräsidenten Méline bei Gelegenheit der Interpellation Cavaignac; Méline habe damals gesagt, die Frage der Existenz des Berichtes erörtert heiße, der Revision die Thüre öffnen. Labori fügt hinzu, wenn man das Protokoll nicht vorgezeigt habe, so sei es deshalb geschehen, weil die Geständnisse des Dreyfus weder möglich noch wahrscheinlich waren.

Labori giebt eine packende Schilderung der tragischen Vorgänge bei Gelegenheit der Degradation Dreyfus', erinnert daran, daß inmitten der von der unarmherzigen Menge ausgetroffenen Rufe: „Tod!“ der Verurtheilte nicht aufhörte, zu rufen: „Es lebe Frankreich!“ und bei den Häuptern seiner Frau und seiner Kinder seine Unschuld zu betheuern. Dreyfus habe als einzige Gunst erbeten, daß das Ministerium seine Nachforschungen fortsetze. (Bewegung.)

Labori verliest eine Reihe von Briefen des Dreyfus an seinen Anwalt und seine Familie, in denen er fortwährend verlangt, daß man den wirklich Schuldigen suche, und erklärt, wenn Méline den Bericht des Hauptmanns Lebrun-Renault nicht vorgezeigt habe, so sei dies unterblieben, weil die heftigen Unschuldsbetheuerungen ihn beunruhigten und für einen Augenblick sein juristisches Gewissen über die Staatsraison stellten, die er sich gebildet habe. (Bewegung.)

Labori fährt fort: Um Geständnisse zu erlangen, ging man bis zum Betrug. Hat nicht du Paty de Clam zu Dreyfus gesagt: „Der Minister wird Sie empfangen, wenn Sie Geständnisse machen wollen?“ Labori erinnert an das Verhör von Dreyfus seitens Paty de Clam, auf eine Anfrage du Patys habe Dreyfus zugegeben, daß in Einzelheiten eine Ähnlichkeit zwischen seinen Schriftzügen und denen des Dokuments bestehe, aber daß sich beide im Ganzen doch nicht gleichen, dann habe Dreyfus versichert, das Dokument niemals geschrieben zu haben und unschuldig zu sein.

Labori führt alsdann weiter aus, man habe ein Abgehörtes errichtet. Kleine Leute haben dabei aus Heuchelei ihre Hilfe gewährt, aber auch große, und diese seien die Schuldigsten.

Der Schluß des Plaidoyers, das in Advokatenkreisen geradezu als eine Revision des Prozesses Dreyfus vor dem Schwurgericht angesehen wird, war hauptsächlich gegen den Ministerpräsidenten Méline. Labori sagte: Méline war vorsichtig, als er sich weigerte, sich der angeblichen Geständnisse Dreyfus zu bedienen, vielleicht auch schied er sich herein, ruhig gewahren zu lassen, und da sage ich Ihnen, meine Herren Geschworenen, daß es in der ganzen Geschichte keinen verabschauerteren Namen giebt als den des Pontius Pilatus.

Die Doation, die Labori in diesem Augenblick bereitet wurde, stieß auf heftige Opposition von Seiten der zahlreichen, zumeist in Civil erschienenen Offiziere.

Ein Jägerhauptmann gerieth mit mehreren, ihren Beifall bezeugenden Personen in Streit, der ohne die Dazwischenkunft der Saalwache in Thätlichkeiten ausgeartet wäre.

Offiziersfrauen riefen lärmend: „Es lebe die Armee!“ andere Zuschauer riefen: „Nieder mit den Juden.“ Im

Saal herrschte ein unbeschreibliches Durcheinander. Ein Garbe republican fasste Trarieu am Arm, um ihn hinauszubringen. Trarieu machte sich los und erhob lebhaften Widerspruch: „Ich bin Senator,“ sagte er, „ich bin unverletzt.“ Der Gardist bestand hierauf nicht weiter auf sein Verlangen.

Die „Aurore“ erzählt, die Geschworenen hätten gestern anonyme Briefe erhalten, worin einem jeden von ihnen für den Fall, daß sie Bolo freisprechen würden, 10 000 Franken versprochen werden. Das Blatt erklärt dies für ein Mandat des Vertheidigers Esterhazy und des Generalstabes, um die Geschworenen dadurch glauben zu machen, daß ein sogenanntes Sympilat sie bestechen wolle.

Parteien und Parteiführer.

Der Parteigenosse Samuel Kolosky in Berlin feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Wenn er sein Leben überblickt, so darf er sich sagen, daß er zu denen gehört, die im Kampfe um die Freiheit und Wohlfahrt des arbeitenden Volkes immer in der vordersten Reihe gestanden haben, und daß seine geistvolle, wirige Feder, die er zwanzig Jahre lang als Redakteur des ältesten Blattes unserer Partei, des „Vranuschweiger Volksfreunde“, flücht, hervorragend mit dazu beigetragen hat, daß der sozialistische Gedanke unter der deutschen Arbeiterschaft so felsenfest Wurzel schlug. Wäge der alte Kampfgenosse, der sich trotz eines schweren körperlichen Leidens immer noch den guten Humor zu erhalten weiß, durch den er den Parteigenossen so manche frohe Stunde bereitet hat, noch viele Jahre unter uns weilen und noch den Tag erleben, wo das Banner der Sozialdemokratie geflattert hat, unter dem er treu und tapfer gekämpft hat wie Einer!

Das Eisenbahnunglück in Gshede.

Das Eisenbahnunglück in Gshede hat zu einer Anklage gegen den Bremser Weilmann, den Geschäftsinhaber Mühl und den Bahnwärter Pillner II geführt; die vor dem Schwurgericht Lüneburg geführte Verhandlung dauerte zwei Tage und endigte mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten, nachdem die Geschworenen alle Schuldspragen verneint hatten.

Herr Raporra ist wieder an der Arbeit. Ein interessanter Prozeß fand am 21. Februar vor der Strafkammer in Danzig statt. Der polnische Verein „Jednoc“ hatte am 2. Mai vorigen Jahres ein Tanzkränzchen veranstaltet, das wie alle Tanzkränzchen des genannten Vereins polizeilich überwacht wurde. Die Ueberwachung leitete der Kriminalbeamte Raporra, früher bekanntlich in Berlin und einer der „pflichtgetreuen Bramien“ Puttkamerd. An dem Vergnügen wollte auch ein Sergeant Namens Rudzinski vom 128. Regiment Theil nehmen. Herr Raporra verbot jedoch dem Sergeanten die Theilnahme, weil bekanntlich Militärpersonen nicht an politischen Versammlungen teilnehmen dürfen. Der Vereinskassirer, ein Herr Matern, rief jedoch dem Sergeant zu: „er möge ruhig bleiben, hier wäre keine politische Versammlung.“ Der Sergeant blieb und erhielt von seiner vorgefetzten Behörde 15 Tage Mittelarrest. Der Vereinskassirer Matern hatte sich wegen Aufreizung eines Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle seiner Vorgesetzten zu verantworten. Die Strafkammer sprach ihn jedoch frei. In den Satzungen des Vereins steht, daß derselbe kein politischer Verein ist.

Die Dame des Pakt. Aus Groß-Strehly wird dem „Oberstl. Tagebl.“ geschrieben: Ein hiesiger unverheiratheter Fabrikant empfing am Abend des Feiertages „Maria Lichtmeß“ eine hiesige Dame auf seinem Zimmer. Einigen Verwandten der Dame war diese Extravaganz ihrer „Roujine“ nichts weniger denn angenehm. Sie fasten an der Wohnung des Fabrikanten

Posto und gedachten, der liebedürftigen Maid ihre Extraktoren gründlich zu verleben. Zu spät merkten die Liebenden, daß die Festung belagert sei. Einen Luftballon hatte man nicht zur Verfügung, und so kam „er“ auf einen an's Romontische grenzenden Gedanken. Er schickte seinen Haushälter nach einem Hotel-Omnibus, nähte während dieser Zeit die Dame in einen Sack ein und ließ das „Paket“ durch den zurückgekehrten „Johann“ hinuntertragen. Neckend und fluchend lud Johann das „Paket“ auf seine Schultern. „Verst. . . ist das aber schwer,“ leuchtete er, als er die Treppe hinunterstieg. Wie ein Polyphemus am Ausgange seiner Höhle anspasste, um den schlauen „Niemand“ zu erwischen, der ihm sein einziges Auge ausgebrannt hatte, so warteten die Verwandten der Dame unten auf diese, und wie Polyphem die breiten Rücken seiner Böcke betastete, so betasteten nun auch diese das verhängnißvolle Paket. Langsam ließ es Johann zu Boden gleiten. Da, was ist das? Ein kleines Damenlieschen quakte neugierig oben heraus. Eine donnernde Lachsalve brante über den weiten Marktplatz, dann schufte man das Paket in einen nahen Barbierladen, und dort soll es der eingewählten Dame nicht sonderlich gut ergangen sein. Auch der „Hörsender“ des „Paketes“ kam nicht ganz heil davon.

Ein seltener Fall von Gemüthskrankheit und Geiz kam am Dienstag vor dem Reichsgericht zur Sprache. Das Landgericht Bayreuth hat am 31. Dezember v. J. den Musikus und Wirtschaftsbefitzer Karl Heinrich Handrich in Schmorfau wegen Aufforderung zum Mord zu einer mehrmonatigen Gefängnißstrafe verurtheilt. Sein Sohn hatte ein Mädchen verführt und es bestand die Aussicht, daß dieser zur Zahlung von Alimenter werde angehalten werden. Um diesen Möglichkeiten aus dem Wege zu gehen, suchte der Angeklagte die Hebamme zu verurtheilen, sein Entkind, sobald es das Licht der Welt erblickt haben werde, zu „beseitigen“. „Ich werde mich dann schon anfinden,“ hatte er hinzugefügt. Die Hebamme verhielt sich natürlich einer solchen Aufforderung gegenüber ablehnend. Einige Zeit später wandte sich Handrich nochmals an die Hebamme und sagte, es solle ihm auf 30 Mk. nicht ankommen. Damit war der Thatbestand des § 49 a des Strafgesetzbuches erfüllt, welcher Aufforderungen zu Verbrechen (hier zum Verbrechen des Mordes) nur dann mit Strafe bedroht, wenn sie an die Gewährung von Vorteilen irgend welcher Art geknüpft worden sind. — Die Revision des Angeklagten, welche nur Einwendungen gegen die tatsächlichen Feststellungen enthielt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Der Antisemit gegen die Antisemiten. Ein eigenartiger Prozeß wird demnächst in Mainz verhandelt werden. Der Möbelhändler Hahn, der längere Zeit Vorsitzender des antisemitischen Reformvereins war, klagt gegen diesen auf Entschädigung, weil er durch seine antisemitische Thätigkeit in seinem Geschäft schwer geschädigt worden sei, und man ihm seinerzeit reichlichen Ersatz bei eventuellen Geschäftsschäden versprochen habe. Dieses Versprechen sei seitens des Vereins nicht gehalten worden, weshalb Hahn durch einen Rechtsanwalt Klage erhoben hat.

Hungersmedaillen. Im Februar 1848, der demütigen Revolutionszeit, also vor 50 Jahren, herrschte im Erzgebirge Hungersnoth. Den armen Bewohnern mangelte es an Geld zum täglichen Brod. Man nährte sich mit Kleienmehl, das mit Müßel, welches man damals als Lampenöl brauchte, schmacht gemacht wurde. Auch die Kartoffeln waren rar und die geringen Vorräthe bestanden zum größten Theil aus faulen Früchten. Selbst die besterhaltenen Leute hatten unter der Theuerung zu leiden. Zur Erinnerung an die schwere Zeit sind, wie bürgerliche Blätter berichten, vom Staate Medaillen geprägt und ausgegeben worden.

Eine dunkle Röthe steigt in die breite Stirn des Mannes.

„Vielleicht liebte sie mich einst. . . . Doch das ist vorbei. . . . Sie weiß, daß Du mein Alles bist, daß ich mich ohne Dich arm, krank, elend fühle. Wir verkehren mit einander wie Bruder und Schwester. . . . Und nun, da ich Dich endlich gefunden habe, nun wirst Du nicht wieder entfliehen, mein Lieb? Versprich es mir!“

Lehend, voll tiefster Zärtlichkeit blicken seine treuen, blauen Augen in die ihren.

Da ergreift sie mit der ihr eigenen Leidenschaftlichkeit seine beiden Hände und brüct sie an ihr heftig pochendes Herz.

„Die Deine bis zum Tode!“ flüstert sie, unter Thränen lächelnd.

Eine herrliche Zeit beginnt für Irene.

Jeden Tag kommt Dr. Donald in die Ausstellung, um ein paar Stunden mit seiner Braut zu plaudern. Abends sechs Uhr, wenn die Ausstellungsräume und die Pavillons geschlossen werden, holt er sie ab, und Beide fahren in die Stadt zurück, um in einem kleinen, freundlichen Restaurant der Clarkstraße gemeinsam zu Abend zu essen, oder sie hummeln zusammen durch den weiten Ausstellungspark, hinüber nach der „Midway-Plaisance“, dem Vergnügungspark der Ausstellung.

Irene ist vollkommen glücklich. Die Vergangenheit ist wie ausgelöscht aus ihrem Gedächtniß; rosig und hell steigt vor ihr die Zukunft empor.

Jene Episode, da sie ihre Einwilligung zur Heirath mit Lord Crackbrain gegeben, liegt gleich einem fernem Nebelschleier hinter ihr. Sie fühlt sich frei, frei in jeder Beziehung. . . .

Und wenn ihr hier und da auch einmal das Herz klopf in Andenken an jenen verhängnißvollen Tag, wenn das Standesamt, Lord Crackbrain und die beiden Zeugen vor ihrem geistigen Auge auferstehen — so raunen ihr schnell kleine Teufelchen in's Ohr:

„Du bist ja gar nicht verheirathet; Du bist frei — ganz frei!“

Robert Davis zeigt sich bei der Nachricht von Irene's Verlobung äußerst entgegenkommend. Schon nach wenigen Tagen trifft ihre Nachfolgerin in Chicago ein, und Dr. Donald fährt unverzüglich mit seiner Braut zurück nach New-York.

Da sein Bruder mittlerweile von Washington nach New-York übergesiedelt ist, bringt er Irene in dessen Familie unter.

Von Tag zu Tag gewinnt der Banquier Donald das reizende Mädchen lieber; von Herzen freut er sich, daß sein Bruder eine solch' gute Wahl getroffen hat.

Das Brautpaar ist glücklich und zufrieden. Gemeinsam schmieden sie Zukunftspläne, bauen sie Lustschlösser und lachen über all' die absonderlichen Vorschläge, die dabei Irene's Köpfchen entspringen.

„Sage, mein Lieb,“ beginnt Ralph eines Abends, als Beide, wie gewöhnlich Hand in Hand, auf einem kleinen Caidivan sitzen, „wäre es Dir sehr unangenehm, wenn wir uns außerhalb New-Yorks niederließen?“

Irene lachelt. „Wahre! Liebster. Wo soll es sein? In Washington? Oder in Baltimore?“

„Nein, viel weiter.“

„In Chicago?“

„Noch weiter.“

„Noch weiter?“

Ralph zögert mit der Antwort.

„Nun?“

„In — in Afrika.“

Jetzt lacht Irene hell auf.

„In Afrika? Wie kommst Du darauf?“

„Ja, siehst Du, mein Lieb — hier wird es mir sehr schwer werden, bald eine gute Praxis zu bekommen. Und wir wollen doch sobald wie möglich heirathen, nicht wahr? . . . Gestern erhielt ich nun einen Brief aus Johannesburg, der Hauptstadt der Südafrikanischen Republik, in dem mir eine vorzügliche Stellung als Arzt in einem großen Krankenhause angeboten wurde — Tausend Pfund Sterling festem Einkommen jährlich — macht etwa fünftausend Dollars nach unserem Gelde, außer den Nebeneinnahmen. . . . Nun, was meinst Du dazu?“

Irene ist so verblüfft, daß sie zuerst gar nichts sagt. Der Gedanke, die Heimath verlassen zu sollen, beengt sie hangend. . . .

Ralph bemerkt ihr Zaudern.

(Fortsetzung folgt.)